



PERSPEKTIVE MÜNCHEN | Analysen

Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005

Soziale Entwicklung und Lebenssituation
der Münchner Bürgerinnen und Bürger
Kurzfassung



Impressum

In der Reihe "Schriftenreihe zur Stadtentwicklung" des Referates für Stadtplanung und Bauordnung erscheinen Gutachten, Studien und sonstige fachliche Ausarbeitungen im Rahmen der "PERSPEKTIVE MÜNCHEN"

Herausgeberin:

Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I
Blumenstr. 31-35
80331 München
Telefon: 089 233-22942
Fax: 089 233-27151
Internet: www.muenchen.de

Inhaltliche Bearbeitung:

SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München
Werner Fröhlich

Fachliche Betreuung:

Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung Hal/2
Dr. Ruth Mächler
Telefon: 089 233-24056
Fax: 089 233-26683
e-mail: ruth.maechler@muenchen.de

Sozialreferat-Zentrale
Michaela-Christine Zeller
Telefon: 089 233-25709
Fax: 089 233-27877
e-mail: michaela.zeller@muenchen.de

Dezember 2005

Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005

Soziale Entwicklung und Lebenssituation der
Münchner Bürgerinnen und Bürger
- Kurzfassung -

München, im September 2005

Bearbeitet von:



Sozialwissenschaftliches
Institut München
Landwehrstraße 37
D-80336 München
Tel.: (089) 725 63 29
Fax: (089) 55 77 95
sim@sim-sozialforschung.de
www.sim-sozialforschung.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	5
Vorbemerkung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung.....	6
1. Konzeption und inhaltliche Schwerpunkte der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung.....	9
2. Soziostrukturelle Entwicklungstendenzen.....	10
3. Soziodemografische Daten der Befragung	11
4. Die wirtschaftliche Lage der Haushalte: Einkommen und finanzielle Situation	12
5. Bildung	15
6. Beruf und Arbeit	16
7. Wohnungsmarkt	18
8. Kontakte zu nicht deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern	24
9. Zufriedenheit mit der Wohnumgebung.....	25
10. Sicherheit	29
11. Merkmalsprofil von München.....	30
12. Kommunale Themen und Probleme	35
13. Informationsangebote der Stadtverwaltung und BürgerInnenbeteiligung	39

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser!

Städte leben: sie wachsen und schrumpfen, entwickeln und wandeln sich. Damit verändern sich auch die Lebensbedingungen der Menschen, die in ihnen leben.

Diese permanenten Veränderungsprozesse müssen von der Stadtentwicklungsplanung aufmerksam beobachtet werden, um Ziele und Strategien - etwa beim Wohnungsbau, bei der Verkehrsplanung, bei der Planung von Schulen und Kindergärten und anderen Aufgaben - entwickeln zu können. Der Rückgriff auf Daten der amtlichen Statistik reicht dabei nicht aus. Wir begreifen die Einwohnerinnen und Einwohner Münchens als Expertinnen und Experten, die wissen, wo in ihrer Stadt die Probleme liegen und was zukünftig benötigt wird.

Daher führen wir immer wieder Befragungen durch, um die Einschätzungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedensten Feldern der Stadtentwicklung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der Verwaltungsarbeit kennen zu lernen und Informationen über ihre Lebenssituation zu erhalten.

Ein weiteres Ziel ist es, Steuermittel sparsam und effizient einzusetzen: Um Einsparmöglichkeiten zu erkennen und Wesentliches von weniger Wichtigem unterscheiden zu können, sind Informationen über die Lebenssituation der Einwohnerschaft sowie die Kenntnis ihrer Einstellungen von großer Bedeutung. So sind auch die Ergebnisse der letzten Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen in die Arbeit vieler Referate der Stadtverwaltung eingeflossen und haben bei Entscheidungsprozessen Berücksichtigung gefunden.

Die vorliegende Broschüre enthält die Zusammenfassung der Studie. Die sehr umfangreiche Langfassung der Untersuchung finden Sie ab Dezember 2005 im Internet unter <http://www.muenchen.de/Rathaus/plan> auf den entsprechenden Seiten des Referates für Stadtplanung und Bauordnung.

Das Planungsreferat, das diese Studie gemeinsam mit dem Sozialreferat durchgeführt hat, kommt mit der Vorlage dieser Broschüre dem Informationsbedürfnis aus Politik und Öffentlichkeit, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft entgegen. Wir hoffen, dass sie zu einer intensiven und sachlichen Diskussion über die weitere Entwicklung unserer Stadt beiträgt.

Prof. Christiane Thalgot
Stadtbaurätin

Vorbemerkung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung

Ziele und Durchführung der Untersuchung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung führte bereits im Jahr 2000 eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung in München durch, um die Einschätzungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedensten Feldern der Stadtentwicklung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der Verwaltungsarbeit zu erfahren. Die Ergebnisse dieser Studie haben die Arbeit der Stadtverwaltung bereichert und bei einer Vielzahl von Entscheidungsprozessen Berücksichtigung gefunden. Daher beschloss der Münchner Stadtrat für die Zukunft eine kontinuierliche Fortführung von Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen in München.

Ziel der vorliegenden Untersuchung war die Analyse und Bewertung der sozialen Lage und Lebenssituation der Wohnbevölkerung in München, sowie die Erhebung der Einstellungen und Bewertungen der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen kommunalen Themen und zu ihren Lebensverhältnissen.

Die Firma „Schäfenacker Marktforschung und Unternehmensberatung“ führte von April bis Juni 2005 3059 telefonische Interviews nach Zufallsauswahl als Haushaltsbefragung durch.

Das "Sozialwissenschaftliche Institut München – SIM" wertete die Daten aus und erarbeitete in Absprache mit der Auftraggeberin die vorliegenden Ergebnisse.

Das Konzept für die kontinuierliche Fortführung von Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen wurde in einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat, dem Direktorium – Statistisches Amt, dem Direktorium – Controlling/Steuerungsunterstützung, dem Direktorium - Gleichstellungsstelle, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Baureferat, dem Schul- und Kultusreferat und dem Referat für Gesundheit und Umwelt abgestimmt und am 24.11.04 von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen.

Die vorliegende Broschüre beinhaltet eine Zusammenfassung der Studie. Die Langfassung der Untersuchung, die alle Ergebnisse und differenzierte Analysen zu den Themenbereichen enthält, findet sich im Internet unter www.muenchen.de/plan/ auf den entsprechenden Seiten des Planungsreferates.

Kurzüberblick und Bewertung der Ergebnisse aus Sicht der Stadtentwicklungsplanung

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Bürgerbefragung 2005, dass die meisten Münchnerinnen und Münchner sich in ihrer Stadt wohl fühlen. So ist München aus der Sicht der Mehrheit der Befragten eine moderne, offene, saubere, internationale Wissenschafts- und Kulturmetropole mit guter Wirtschaftskraft und Sicherheit, deren Wert als Freizeit- und Sportstadt geschätzt wird. Hohe Zufriedenheitswerte erreichen

auch die verschiedenen Aspekte der unmittelbaren Wohnumgebung – insbesondere die Erreichbarkeit der Grün- und Freiflächen sowie die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel -, die im Vergleich mit den entsprechenden Ergebnissen aus dem Jahr 2000 noch einmal deutlich und zwar für alle Aspekte zugenommen haben. Ähnliches gilt für das subjektive Sicherheitsgefühl, das bei den Befragten bezogen auf die eigene Wohnung, die eigene Wohngegend und die Innenstadt sehr hoch ist und sich im Vergleich zu 2000 noch weiter verbessern konnte.

Sehr zufrieden zeigen sich die Münchnerinnen und Münchner darüber hinaus mit den infrastrukturellen Bedingungen ihrer Stadt. Dies gilt insbesondere für das bereitgestellte Kulturangebot und die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die allgemein angespannte ökonomische Situation spiegelt sich in den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2005 wieder, wobei vor allem Alleinerziehende – hier insbesondere die allein erziehenden Frauen – und Personen aus Haushalten mit drei und mehr Kindern über ein deutlich unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Auch die Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten hat im Vergleich mit den Daten von 2000 zugenommen. Zudem war etwas mehr als jeder zehnte berufstätige Befragte innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens einmal arbeitslos.

Die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung macht damit deutlich, dass die Stärkung der sozialen Integrationskraft der Stadt weiterhin zu den Aufgaben mit hoher Dringlichkeit gehört. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Stadtgesellschaft den stattfindenden strukturellen Wandel und bevorstehenden demografischen Wandel konstruktiv bewältigen kann. Die Strategien und Grundsätze zur Bewältigung dieser Aufgabe werden in den Leitlinien „Soziale Kommunalpolitik“ und „Stärkung der Stadtteile durch Stadtteilentwicklung“ der PERSPEKTIVE MÜNCHEN dargestellt. In diesem Zusammenhang steht beispielsweise auch die Fortführung des „Bund-Länder-Programms Soziale Stadt“ in München. Durch integrierte und aktivierende Strategien in Verbindung mit baulich-investiven, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Projekten sollen weitere Stadtteile gestärkt bzw. stabilisiert werden.

Ein hiermit in Zusammenhang stehendes Thema ist die Wohnsituation, vor allem die hohen Mietkosten. Ursächlich hierfür sind die noch bis 2002 gestiegenen Erstvermietungsmieten und der Anstieg der Nebenkosten (z.B. Energiekosten). Die höchsten Mietbelastungsquoten haben Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende. Dabei lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Mietbelastungsquote und dem Pro-Kopf-Einkommen feststellen. 83% der „ärmsten“ Haushalte haben Mietbelastungsquoten von 40% und mehr. Neben den Mietkosten stellen auch die Belegungsdichten eine relevante Größe zur Beurteilung der Wohnsituation der Münchner Bevölkerung dar. Die weitaus meisten der Münchner Wohnungen sind normal belegt (75%). Weiterhin überbelegt sind jedoch die Wohnungen der Haushalte mit zwei und mehr Kindern.

Die Wohnungspolitik bleibt eine der zentralen Herausforderungen für die Stadt. Mit dem Programm Wohnen in München III wurden vom Stadtrat die Weichen für den geförderten Wohnungsbau gestellt. Konsequenterweise weitergeführt werden muss aber auch die Bestandssicherungspolitik (Wohnraumzweckentfremdungsverbot, Erhaltungssatzungen u.a.). Im Jahr 2006 wird das wohnungspolitische Handlungsprogramm Wohnen in München IV in den Stadtrat eingebracht werden, bei dem die Anliegen älterer Menschen und Familien stärkere Berücksichtigung finden sollen.

Das Verhältnis zwischen deutscher und nicht deutscher Bevölkerung, entwickelt sich der Untersuchung zufolge positiv: Fast die Hälfte der deutschen Befragten steht zu den nicht Deutschen in einem freundschaftlichen Kontakt.

Wichtige Aufgabenfelder, für die sich die Münchner ein größeres Engagement der Stadt wünschen, sind vor allem die Kinderbetreuungsangebote, die Schulen, der soziale Wohnungsbau und die Sauberkeit der Luft. Im Verhältnis zur BürgerInnenbefragung 2000 fordern die Befragten insbesondere mehr Geld für die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie den Straßenunterhalt.

Mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik ist jede/r zweite MünchnerIn zufrieden. Ehrenamtlich tätig ist knapp jeder fünfte Befragte, wobei sich im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 das bürgerschaftliche Engagement immerhin um vier Prozentpunkte verbessert hat.

Die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage der Münchner Bevölkerung sowie ihre Zufriedenheit mit ihrer Wohnumgebung, den infrastrukturellen Gegebenheiten und der Stadtpolitik hat sich gegenüber 2000 nicht sehr verändert. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich im Vergleich zu 2000 nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger viele Bereiche positiv entwickelt haben. Nichtsdestotrotz zeigen sich allerdings negative Entwicklungstendenzen in Problemfeldern, die bereits im Jahr 2000 bestanden. Dabei sind nach wie vor bestimmte Bevölkerungsgruppen wie alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien von der schlechten wirtschaftlichen Lage besonders betroffen und die Polarisierung zwischen arm und reich nimmt zu. Dies wird auch von der Bevölkerung subjektiv so empfunden: 70% der Befragten bezeichnen die sozialen Unterschiede in München als zu groß (Jahr 2000: 59%). Für weite Kreise der Münchner Bevölkerung kann dennoch von einer relativ guten wirtschaftlichen und sozialen Lage gesprochen werden.

Die Ergebnisse der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung bieten eine gute Grundlage sowohl für die Entwicklung von Zielen und Leitlinien für die weiteren Perspektiven der Stadt als auch für Maßnahmenvorschläge der einschlägigen Fachpolitiken. Letztlich dienen sie auch als Grundlage für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger.

Die kommunalen Handlungsspielräume gegenüber den beschriebenen Entwicklungen sind allerdings begrenzt. Sie werden durch die gegenwärtigen Haushaltsrestriktionen und die für die Kommunen äußerst problematischen Rahmenseetzungen des Bundes und der Länder weiter eingengt.

1. Konzeption und inhaltliche Schwerpunkte der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung

Die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 wurde gemeinsam von der Schäfenacker Marktforschung & Unternehmensberatung (Durchführung der Interviews) und vom „SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München“ (Berichtlegung) im Auftrag der Landeshauptstadt München durchgeführt. Die Interviews wurden zwischen Mitte April und Ende Juni 2005 geführt. Um eine mögliche Verzerrung der Stichprobe durch systematische Ausfälle zu vermeiden, wurde in den zwei Wochen der Pfingstferien nicht befragt. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Befragung waren die wirtschaftliche und soziale Lage der Münchner Haushalte und das Image der Stadt München. Gefragt wurde des Weiteren nach der Bedeutung spezifischer Aufgabenbereiche der Stadt München sowie nach ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Tätigkeiten. Eine wichtige Vorgabe der Befragung 2005 war die Vergleichbarkeit mit der Befragung aus dem Jahr 2000. Sowohl bei der Fragestellung als auch bei den Antwortkategorien sind die Inhalte aus der Befragung 2000 mit notwendigen Anpassungen, wie z.B. Änderungen der Rahmenverhältnisse im Bereich der sozialen Sicherung auf Grund der Einführung des SGB II („Hartz-IV“) übernommen worden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 war wie die Befragung 2000 als gesamtstädtische Haushaltsbefragung konzipiert, die im Gegensatz zur damaligen Befragung jedoch nicht mündlich und schriftlich, sondern als telefonische Umfrage durchgeführt wurde. Für die deutschen Haushalte wurde eine Zufallsstichprobe aus allen Telefonanschlüssen der Stadt München gezogen. Dabei diente die Eintragung in das öffentliche Telefonverzeichnis als Basis. Offensichtliche Firmenanschlüsse wurden herausgefiltert. Als Grundlage für die anschließend vorgesehene Quotierung der Interviews nach Geschlecht, Nationalität und Alter wurde in Absprache mit der Auftraggeberin, der statistische Jahresbericht der Landeshauptstadt München 2004 (Stand 31.12.2003) heran gezogen. Für die Durchführung der Interviews mit den nicht deutschen BürgerInnen, bei denen man sich aus Vergleichsgründen mit der letzten Befragung aus dem Jahr 2000 auf die vier am häufigsten vertretenen Nationalitäten in München (serbische/kroatische, türkische, italienische und griechische Haushalte) beschränkte, wurde seitens der Auftraggeberin eine Stichprobe aus den Daten der Einwohnermeldestatistik gezogen und anschließend die entsprechenden Telefonnummern ermittelt.

Konzeption der Bürgerbefragung

Insgesamt wurden für die Befragung 8.631 Haushalte kontaktiert. Dementsprechend hatte rund jeder neunzigste der 790.953 Münchner Haushalte die Chance, seine Meinung bei der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 zu äußern. Letztendlich standen 3.059 auswertbare Fragebögen zur Verfügung. Die Ausschöpfungsquote für die Befragung betrug somit rund 35% und ist für Befragungen dieser Art durchaus als zufrieden stellend zu bewerten. 86% der 3.059 befragten Haushalte waren deutsche und 14% nicht deutsche Haushalte. Es ist zu beachten, dass diejenigen Befragten, die eine Frage nicht beantwortet haben bzw. nicht beantworten konnten, in den Tabellendarstellungen und Grafiken in der Regel nicht berücksichtigt sind, so dass die Gesamtzahl von 3.059 nicht immer erreicht wird.

Stichprobe und Ausschöpfungsquote

Aufgrund der Anzahl der befragten Haushalte und ihrer Verteilung nach Geschlecht, Nationalität und Alter liegen repräsentative Ergebnisse vor (*Tabelle 1*).

Repräsentativität

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale in Grundgesamtheit (Soll) und Stichprobe (Ist)

Nationalität	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Deutsch	2.626	87,5	2.644	86,4
Griechisch	63	2,1	71	2,3
Italienisch	58	1,9	61	2,0
Kroatisch	68	2,3	82	2,7
Serbisch	68	2,3	75	2,5
Türkisch	117	3,9	126	4,1
<i>Insgesamt</i>	<i>3.000</i>	<i>100,0</i>	<i>3.059</i>	<i>100,0</i>

Geschlecht (nur Deutsche)	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Männlich	1.213	46,2	1.223	46,3
Weiblich	1.413	53,8	1.421	53,7
<i>Insgesamt</i>	<i>2.626</i>	<i>100,0</i>	<i>2.644</i>	<i>100,0</i>

Altersklassen (nur Deutsche)	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
18 - 24 Jahre	200	7,6	199	7,5
25 - 34 Jahre	451	17,1	448	17,0
35 - 44 Jahre	548	20,9	551	20,8
45 - 64 Jahre	818	31,2	828	31,3
65 Jahre und älter	609	23,2	618	23,4
<i>Insgesamt</i>	<i>2.626</i>	<i>100,0</i>	<i>2.644</i>	<i>100,0</i>

(Quelle: Feldbericht zur Münchener Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005, S. 4)

2. Soziostrukturelle Entwicklungstendenzen

Für die Einordnung und Interpretation der nachfolgend dargestellten Ergebnisse ist es vorab notwendig, einige soziostrukturelle Entwicklungstendenzen seit der letzten BürgerInnenbefragung im Jahr 2000 zu skizzieren. Dabei gilt es zu beachten, dass in der amtlichen Statistik (Einwohnermelderegister) ab dem Jahr 2000 nur noch die Bevölkerung mit Hauptwohnsitz erfasst wird. Die Einwohnerzahl Münchens ist auf dieser neuen Basis seit der letzten Umfrage im Jahr 2000 um rund 2% von 1.247.934 auf 1.273.186 Ende 2004 gestiegen. Diese Bevölkerungszunahme wurde sowohl von der deutschen als auch der nicht deutschen Bevölkerung getragen, wobei das Wachstum der nicht deutschen Bevölkerung relativ betrachtet stärker ausfiel. Während die deutsche Bevölkerung Münchens von 965.786 auf 979.800 zunahm, stieg die Zahl der nicht deutschen Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 282.148 auf 293.386. Ihr Anteil an der Münchner Bevölkerung hat

Einwohner

Anteil der nicht
deutschen Bevölkerung

dementsprechend von 21% auf 23% zugenommen.

Hinsichtlich der Altersstruktur der Münchner Bevölkerung ergaben sich seit dem Jahr 2000 kaum nennenswerte Veränderungen: Die Anteile in den wichtigen Altersgruppen der Personen bis 18 Jahre, der 18- bis 64-jährigen und der älteren Menschen über 64 Jahre haben sich kaum verändert.

Altersstruktur

Im Jahr 2000 waren gut 51% der Münchner Bevölkerung weiblich, was sich im Verlauf der letzten Jahre bis Ende 2004 nicht verändert hat. Bei der nicht deutschen Bevölkerung gibt es mehr Männer (53%) als Frauen (47%).

Frauenanteil

In München dominieren deutlich die Einpersonenhaushalte. Ihr Anteil betrug 2000 53% und stieg bis zum Ende des Jahres 2004 auf knapp 56%. Die Haushaltsgrößen sind in den verschiedenen Stadtbezirken sehr unterschiedlich.

Haushaltsgröße

3. Soziodemografische Daten der Befragung

In der BürgerInnenbefragung 2005 wurden wichtige Strukturdaten der Haushalte erfasst. Einige zentrale soziodemografische Daten der Befragung werden im Folgenden dargestellt.

Die Standortqualität und das Entwicklungspotenzial einer Großstadt hängen in hohem Maße vom Bildungsgrad der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildung ab. Mit der BürgerInnenbefragung 2005 wurde der derzeitige Bildungsstand erfasst. Die TeilnehmerInnen an der Münchner BürgerInnenbefragung 2005 sind relativ hoch gebildet: 46% verfügen über ein (Fach-) Abitur. Dieser Anteil ist damit ähnlich hoch wie derjenige bei der Befragung des Jahres 2000. Im Vergleich zu anderen Großstädten und zum Bundesdurchschnitt ist das ein hoher Anteil an Höhergebildeten. Hier zeigt sich die Bedeutung Münchens als Standort für qualifizierte Tätigkeiten in den innovativen Bereichen von Forschung, Wissenschaft, Technik/IT und Wirtschaft.

Bildung

Von allen 3.059 Befragten ist rund die Hälfte erwerbstätig und damit ähnlich viele wie bei der BürgerInnenbefragung 2000: 7% arbeiten unter 20 Stunden pro Woche (2000: 5%), 9% zwischen 20 und 35 Stunden (2000: 8%) und 36% sind ganztags mit über 35 Stunden pro Woche beschäftigt (2000: 37%). Im Vergleich zur letzten BürgerInnenbefragung im Jahr 2000 haben sich damit nur leichte Veränderungen im Umfang der Erwerbstätigkeit ergeben.

Erwerbstätigkeit

Die Gliederung der Haushalte nach Typen orientiert sich an der Haushaltsdatei des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München (*Tabelle 2*). Erwähnenswert ist hier der extrem hohe Anteil von Haushalten ohne Kinder. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 finden sich vor allem nochmals deutlich weniger Einpersonenhaushalte in der Stichprobe. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Daten der BürgerInnenbefragung 2000 gezeigt haben, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in München um etwa zehn Prozentpunkte überschätzt wird. Auch für die Befragung 2005 ist daher davon aus-

Haushaltstypen

zugehen, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte nicht bei rund 56% liegt, wie die amtliche Statistik ausweist, sondern faktisch wohl eher ca. 45% beträgt, so dass die niedrigere Ausschöpfungsquote bei den Einpersonenhaushalten etwas weniger problematisch ist, wie zunächst zu vermuten. Bei den Haushalten mit Kindern ist die Verteilung im Vergleich dazu dagegen annähernd gleich geblieben.

Tabelle 2: Die Struktur der befragten Haushalte (Haushaltstypen)

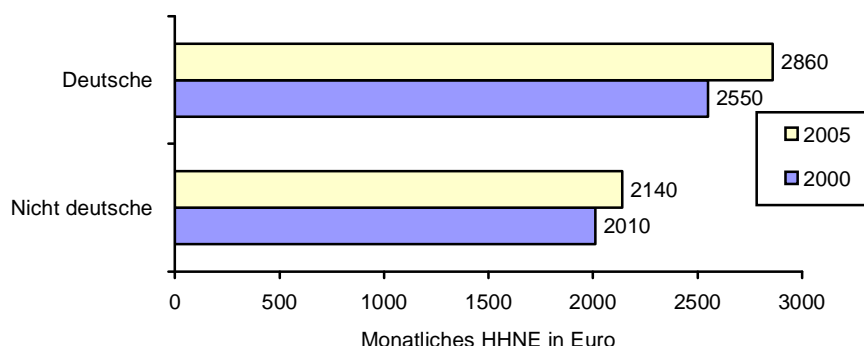
		2005		2000
		Anzahl	Prozent	Prozent
Haushalte ohne Kinder	Einpersonenhaushalte	870	28	35
	Zweipersonenhaushalte	1.119	37	34
	Drei- und Mehrpersonenhaushalte	313	10	6
	<i>Haushalte ohne Kinder insgesamt</i>	<i>2.302</i>	<i>75</i>	<i>75</i>
Haushalte mit Kindern	Haushalte mit einem Kind	314	10	10
	Haushalte mit zwei Kindern	269	9	8
	Haushalte mit drei und mehr Kindern	76	3	3
	Alleinerziehende	67	2	3
	<i>Haushalte mit Kindern insgesamt</i>	<i>726</i>	<i>24</i>	<i>24</i>
Keine Angabe		31	1	1
Haushalte insgesamt		3.059	100,0	100,0

4. Die wirtschaftliche Lage der Haushalte: Einkommen und finanzielle Situation

Einen Schwerpunkt der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 bildete schon wie im Jahr 2000 die Erfassung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Haushalte. Die wirtschaftliche Situation der Haushalte wurde zunächst objektiv anhand des Haushaltsnettoeinkommens (= HHNE) ermittelt. Es ergibt sich ein durchschnittliches monatliches HHNE von 2.780 Euro. Die ausländischen Haushalte sind finanziell deutlich schlechter gestellt als die deutschen Haushalte (*Abbildung 1*)

Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen: 2.780 €

Abbildung 1: Monatliches HHNE in Euro und Nationalität



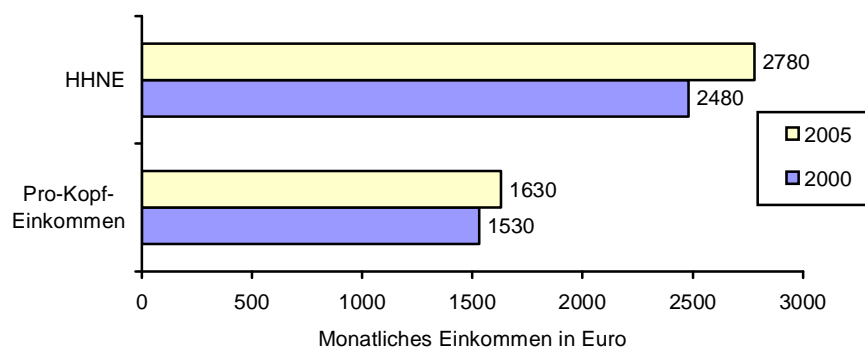
Da das HHNE nur einen bedingten Aussagewert hat, wenn es nicht in Beziehung zur Haushaltsgröße gesetzt wird, wurde als sozialer Indikator, der genaueren Aufschluss über die wirtschaftliche Lage der Haushalte liefert, das Pro-Kopf-Einkommen (= PKE) berechnet. Das

Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen: 1.630 €

hier zu Grunde gelegte so genannte Äquivalenzeinkommen gewichtet das HHNE nach Haushaltsgröße, wobei nicht alle Haushaltsmitglieder mit 100% in die Berechnung eingehen. Im Schnitt beträgt es 1.630 Euro und liegt damit um genau 100 Euro höher als im Jahr 2000 (*Abbildung 2*). Während das HHNE in den letzten fünf Jahren also um 12% zugenommen hat, erhöhte sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im gleichen Zeitraum nur um etwas über 6%, was allerdings auch mit dem geringeren Anteil der Einpersonenhaushalte in der Stichprobe zusammenhängen dürfte. Legt man die Entwicklung des Verbraucherpreisindex in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde, der ausgehend von der Basis 2000 (=100) auf 110,7 im Jahr 2004 gestiegen ist, so hat die Zunahme der HHNE gerade diesen Zuwachs ausgeglichen. Mit anderen Worten: Auch die Münchner Haushalte konnten sich in den letzten fünf Jahren keine zusätzliche Kaufkraft erwirtschaften.

Kein Kaufkraftzuwachs in den letzten fünf Jahren

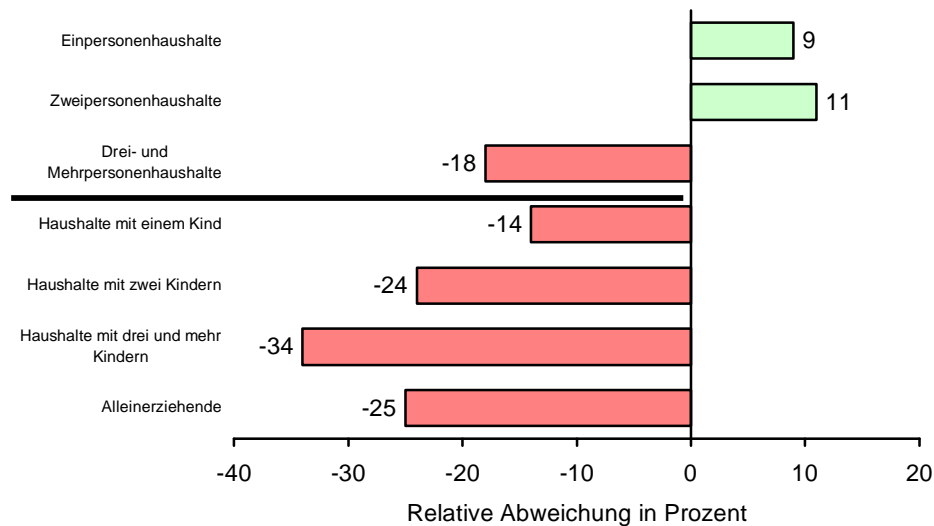
Abbildung 2: Monatliches HHNE und Pro-Kopf-Einkommen in Euro



Den Zweipersonenhaushalten geht es mit +11% über dem durchschnittlichen PKE am besten, während die großen Erwachsenenhaushalte mit drei und mehr Personen mit -18% bereits deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Mit zunehmender Kinderzahl nehmen die Pro-Kopf-Einkommen bei den Haushalten mit Kindern proportional immer weiter ab bis zu dem Spitzenwert von 34% weniger Pro-Kopf-Einkommen bei Haushalten mit drei und mehr Kindern (*Abbildung 3*). Die Schere zwischen den Einpersonenhaushalten und allen anderen Haushalten öffnete sich im Verlauf der letzten Jahre seit der BürgerInnenbefragung 2000 also erneut weiter: Einpersonenhaushalte sind somit relativ betrachtet besser gestellt als zu Beginn des neuen Jahrzehnts. Erwähnenswert ist zudem, dass die Alleinerziehenden über ein PKE verfügen, das niedriger ist als das der Haushalte mit einem Kind, obwohl sie überwiegend ebenfalls nur ein Kind haben. Hier zeigt sich die prekäre Situation der Alleinerziehenden in München. Hervorzuheben ist hier die besonders schwierige Lage der weiblichen Alleinerziehenden, deren Pro-Kopf-Einkommen 29% unter dem Durchschnitt liegt, während die männlichen Alleinerziehenden über ein Pro-Kopf-Einkommen verfügen, das „nur“ 5% unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegt. Ein Vergleich mit den haushaltsspezifischen Mittelwerten des Pro-Kopf-Einkommens verdeutlicht des Weiteren, dass nicht nur ein starkes Einkommensgefälle zu Ungunsten der größeren Haushalte besteht, sondern dass es auch innerhalb der Haushaltstypen starke Polarisierungstendenzen zwischen „arm und reich“ gibt.

Starke Polarisierungstendenzen zwischen „Arm“ und „Reich“

**Abbildung 3: Pro-Kopf-Einkommen und Haushaltstypen
(Relative Abweichung vom Mittelwert; N = 2.273)**



Wohl auch aufgrund ihrer objektiven Einkommensverhältnisse erachten 70% der Befragten die sozialen Unterschiede in München insgesamt als zu groß und damit noch einmal mehr als im Jahr 2000 (59%). Die Wahrnehmung von sozialen Unterschieden hat sich also in den letzten Jahren abermals verstärkt. Es zeigt sich zudem wie schon bei der BürgerInnenbefragung 2000 deutlich, dass Frauen (75%) vielleicht auf Grund ihrer objektiv anderen wirtschaftlichen Situation öfter als Männer (66%) der Meinung sind, die sozialen Unterschiede in München seien zu groß.

70% bezeichnen die sozialen Unterschiede in München als zu groß; v.a. Frauen

Es zeigt sich außerdem, dass die subjektive ökonomische Zufriedenheit mit dem objektiven Merkmal des zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommens in engem Zusammenhang steht: Je höher das durchschnittliche PKE der Haushalte, desto besser wird die eigene Situation beurteilt.

Rund zwei Drittel der Haushalte bezeichnen ihre wirtschaftliche Situation vor einem Jahr im Vergleich mit ihrer heutigen als unverändert. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage der Münchner Haushalte damit als relativ stabil bezeichnet werden. In Relation zum Jahr 2000 gaben damit einerseits zwar etwas weniger Haushalte an, ihre Situation sei unverändert. Andererseits ist aber hervorzuheben, dass gleichzeitig ein höherer Anteil der Haushalte die derzeitige ökonomische Situation besser bewertet als noch bei der BürgerInnenbefragung 2000.

Stabile wirtschaftliche Situation der Haushalte

Wie beurteilen die Haushalte nun aber die zukünftige Entwicklung ihrer persönlichen, wirtschaftlichen Lebensverhältnisse? Blicken die Befragten eher optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft? Hier ist festzuhalten, dass die Haushalte die Entwicklung ihrer zukünftigen Lebensverhältnisse im Großen und Ganzen eher gleich bleibend stabil einschätzen: 57% der Befragten sehen für ihren Haushalt eine Entwicklung der persönlichen Lebensverhältnisse auf gleichem Niveau. Hervorzuheben ist jedoch auch, dass seit dem Jahr 2000 vor allem

Überwiegend gleich bleibend stabile Zukunftsperspektive

die Anteile derjenigen, die die wirtschaftliche Lage ihres Haushaltes zukünftig schlechter sehen, deutlich zugenommen haben (von 16% auf 25%).

Erwerbstätige beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung ihres Haushalts bedeutend besser als nichterwerbstätige Befragte, wobei hier eine Überlagerung durch den Alterseffekt (hoher Anteil von RentnerInnen und damit älteren Personen bei den Nichterwerbstätigen) zu berücksichtigen ist. Eng mit der Erwerbstätigkeit hängt natürlich das Einkommen zusammen. Hier zeigt sich eine eindeutige Beziehung, welche die vorherigen Ergebnisse bestätigt. Tendenziell gilt: Je höher das PKE der Befragten, desto häufiger wird eine positive Zukunftsprognose abgegeben und umgekehrt. Es ergibt sich zudem, dass Männer die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Haushalte im Vergleich etwas besser beurteilen. Hier spiegeln sich die wohl immer noch besseren Chancen für Männer auf dem Arbeitsmarkt bzw. die Erwartungen von Männern wider, bessere Chancen zu haben als Frauen, ein höheres Einkommen zu erzielen. Jüngere Frauen beurteilen die Entwicklung ihrer ökonomischen Verhältnisse jedoch deutlich positiver als ältere Frauen, wobei die gleichen Effekte für die männlichen Befragten gelten, so dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede insgesamt erhalten bleiben. Auch die Bildung spielt aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Lebenslage eine große Rolle: Je höher gebildet die befragten Personen sind, desto besser schätzen sie die zukünftige wirtschaftliche Lebenssituation ein und umgekehrt. Junge Menschen blicken tendenziell ebenfalls optimistischer in die Zukunft als ältere. Schließlich sehen nicht deutsche Bürgerinnen und Bürger die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse signifikant häufiger sowohl besser als auch schlechter als die befragten Deutschen, bei denen häufiger gleich bleibend stabile Verhältnisse erwartet werden. Dies ist ein Hinweis auf die größere Dynamik in der Entwicklung der Lebensverhältnisse bei den nicht deutschen Haushalten, die sich bereits bei der letzten Befragung im Jahr 2000 in der Einschätzung der Perspektiven der persönlichen Lebensverhältnisse gezeigt hat.

Erwerbstätige bedeutend optimistischer

Männer sehen die Entwicklung der ökonomischen Lebensverhältnisse positiver

Je höher gebildet und je jünger die Befragten, desto optimistischer

Ausländer sehen öfter ein Auf und Ab ihrer Lebensverhältnisse

5. Bildung

Dem Thema "Bildung" kommt in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere hängen die Standortqualität und das Entwicklungspotenzial einer Großstadt in hohem Maße vom Bildungsgrad der BürgerInnen und ihrer Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildung ab. Wie bei der BürgerInnenbefragung 2000 wurden 2005 der derzeitige Bildungsstand sowie die gegenwärtig ausgeübten Tätigkeiten erfasst. Zusätzlich war es von Interesse zu erfahren, wie die Befragten die diesbezüglichen strukturellen Rahmenbedingungen in München bewerten.

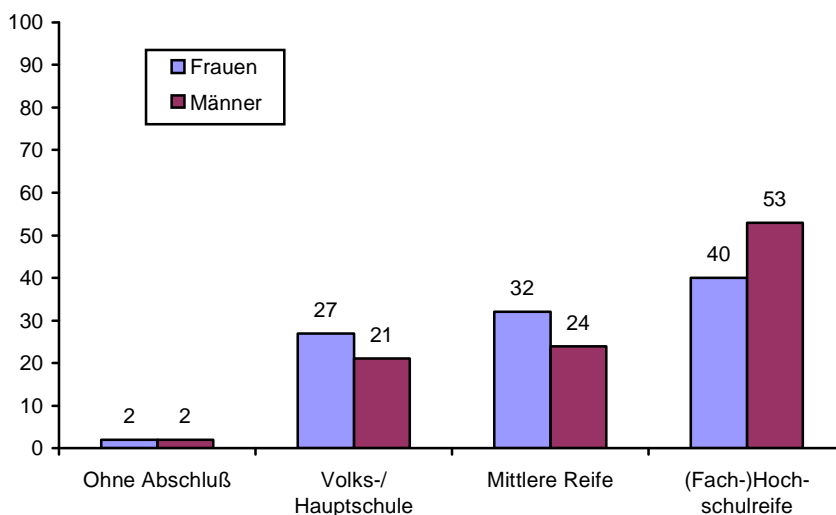
Für den allgemeinbildenden Schulabschluss zeigt sich, dass mit 46%, ähnlich wie bereits bei der Befragung im Jahr 2000, fast die Hälfte der erfassten Personen über ein (Fach)-Abitur verfügen. Dies ist ein im Vergleich zu anderen Großstädten und zum Bundesdurchschnitt (ca. 20%) hoher Anteil an Höhergebildeten. Das Bildungsniveau ist geschlechtsspezifisch signifikant unterschiedlich: Die befragten Männer verfügen über eine höhere Schulbildung als die Frauen (*Abbildung 4*). Es sollte hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich ältere und

Hoher Anteil an Höhergebildeten

jüngere Frauen hinsichtlich ihrer schulischen Bildung deutlich unterscheiden. Erst mit der Bildungsexpansion haben sich seit den siebziger Jahren die Bildungs- und Ausbildungschancen von Frauen deutlich verbessert. Dies zeigten bereits die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2000, die in der Befragung des Jahres 2005 nochmals bestätigt wurden. Betrachtet man nur die höheren Bildungsabschlüsse (Fachhochschul- oder Hochschulreife), wird deutlich, dass Frauen bis 49 Jahre in einem größeren und damit insgesamt überdurchschnittlichem Maße über solche Abschlüsse verfügen als die älteren Frauen. Des Weiteren zeigt sich, dass in den Altersgruppen bis 39 Jahre zwischen Frauen und Männern nur geringe Unterschiede in der schulischen Bildung bestehen.

In den Altersgruppen bis 39 Jahre nur geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der schulischen Bildung

Abbildung 4: Bildungsabschlüsse und Geschlecht (Angaben in Prozent)

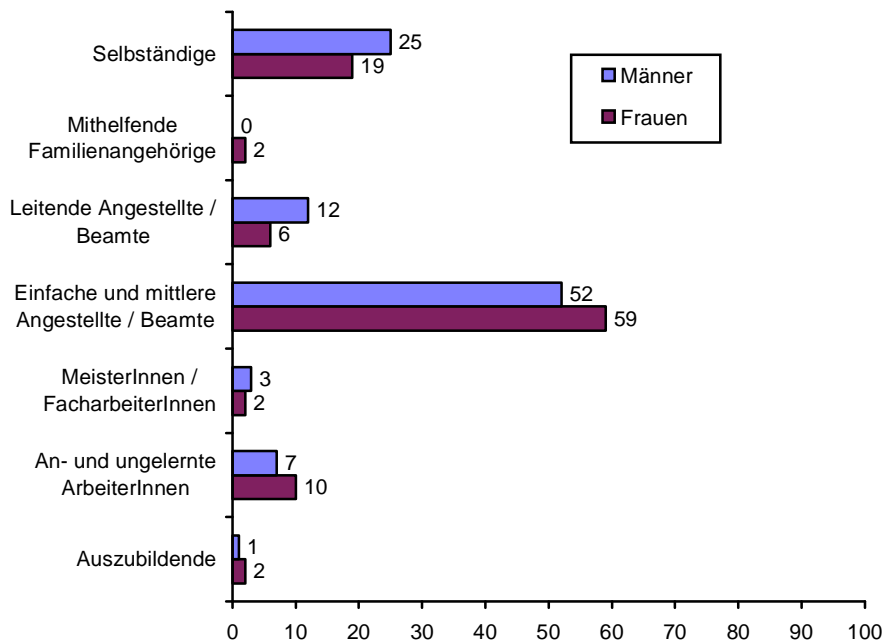


6. Beruf und Arbeit

Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind Arbeit und Beruf entscheidende Größen. Wie bereits erwähnt geht der überwiegende Teil der durch die Befragung erfassten 1.577 Erwerbstätigen einer Vollzeittätigkeit nach. Die meisten erwerbstätigen Haushaltsmitglieder sind dabei als einfache bzw. mittlere Angestellte bzw. Beamte tätig, gefolgt von den Selbständigen (*Abbildung 5*). Im Vergleich zur Befragung des Jahres 2000 hat sich an dieser generellen Verteilung nichts verändert. Zwischen den einzelnen Gruppen haben sich jedoch zum Teil deutliche Verschiebungen ergeben. Hervorzuheben ist insbesondere, dass im Jahr 2005 deutlich mehr einfache Angestellte und Beamte (28% gegenüber 17%) sowie an- und ungelernete ArbeiterInnen (9% gegenüber 4%) unter den Befragten waren als im Jahr 2000. Demgegenüber sind die Anteile der leitenden/wissenschaftlichen Angestellten bzw. Beamten des höheren Dienstes (9% gegenüber 20%) sowie der mittleren Angestellten und Beamten (28% gegenüber 33%) im Vergleich zur Befragung des Jahres 2000 teilweise deutlich niedriger.

Die Erwerbstätigen sind überwiegend vollzeit beschäftigt

Abbildung 5: Berufliche Stellung und Geschlecht (Angaben in Prozent)



Die allgemeine arbeitsmarktpolitische Lage hat sicher dazu beigetragen, dass die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in München von einem sehr viel höheren Anteil von Befragten nicht mehr so positiv bewertet werden wie noch im Jahr 2000. Insgesamt sind zwar immer noch knapp 60% damit zufrieden bzw. sehr zufrieden, aber der Anteil der Unzufriedenen hat von 2000 auf 2005 um 16 Prozentpunkte auf inzwischen 21% zugenommen und sich damit vervierfacht.

Unzufriedenheit mit Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten nimmt zu

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung ist das Thema Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung. Betrachtet man den Umfang der Arbeitslosigkeit wie er sich in der BürgerInnenbefragung 2005 darstellt, so zeigt sich, dass 12% der berufstätigen Befragten in den letzten fünf Jahren mindestens einmal arbeitslos waren. Der Anteil ist und damit ähnlich hoch wie schon im Jahr 2000. Im Durchschnitt lag die Dauer der Arbeitslosigkeit bei fünfzehn Monaten und war damit fast doppelt so hoch wie bei der BürgerInnenbefragung 2000. Hier zeigt sich die Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals sehr deutlich. Andererseits hatten rund 43% der Arbeitslosen „nur“ bis zu sechs Monaten keine Arbeit, waren also eher kurzzeitig arbeitslos. Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich jedoch auch hier die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals sehr deutlich: Damals waren die Befragten in einem sehr viel größeren Ausmaß nur kurzfristig arbeitslos. Der Anteil der „nur“ kurzfristig arbeitslosen Befragten war 2000 mit fast 68% deutlich höher als bei der diesjährigen Befragung.

12% der Berufstätigen waren innerhalb der letzten 5 Jahre mindestens einmal arbeitslos

Als Merkmal gesellschaftlicher Integration wird ein fester Arbeitsplatz generell als wichtig empfunden. Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes hängt in der Regel auch mit seiner Befristung zusammen. 86% der Erwerbstätigen hatten einen unbefristeten Arbeitsvertrag und damit gleich viele wie im Jahr 2000. Die Sicherheit der Arbeitsplätze der Münchner Beschäftigten ist also unverändert hoch.

86% der Berufstätigen hatten einen unbefristeten Arbeitsvertrag

7. Wohnungsmarkt

Ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der Wohnstruktur einer Stadt ist die Wohndauer. Die durchschnittliche Wohndauer der Befragten beträgt rund 16 Jahre. 50% aller Haushalte leben jedoch weniger als 11 Jahre in ihrer jetzigen Wohnung und ein Sechstel der Befragten lebt erst bis zu 2 Jahren in der Wohnung. Deutsche Haushalte leben im Schnitt seit 17 Jahren in ihrer derzeitigen Wohnung, nicht deutsche dagegen erst seit knapp 12 Jahren. Im Vergleich zur Münchner BürgerInnenbefragung 2000 ist hier zwar eine Zunahme in der absoluten Dauer festzustellen, die Relation zwischen deutschen und nicht deutschen Haushalten bleibt jedoch annähernd unverändert. Generell zeichnen sich die Erwachsenenhaushalte durch wesentlich höhere Anteile länger Ansässiger aus als die Haushalte mit Kindern, wobei im Vergleich vor allem die Haushalte mit drei und mehr Kindern besonders kurze Wohndauern aufweisen. Fast jeder dritte Haushalt mit Kindern verfügt laut eigener Einschätzung schon jetzt über zu wenig Wohnraum und benötigt in absehbarer Zeit eine größere Wohnung, während die Erwachsenenhaushalte zum Großteil ausreichend Wohnraum besitzen.

Die durchschnittliche Wohndauer beträgt 16 Jahre

Fast jeder dritte Haushalt mit Kindern benötigt in absehbarer Zeit eine größere Wohnung

Diese Ergebnisse korrespondieren mit einem weiteren Befund, den Umzugsabsichten der befragten Haushalte. Der Umzugsdruck scheint jedoch in den letzten Jahren allerdings abgenommen zu haben. Im Vergleich zum Jahr 2000 gingen die geäußerten Umzugswünsche von 24% im Jahr 2000 um zehn Prozentpunkte auf 14% im Jahr 2005 zurück. In Anbetracht der anhaltenden Diskussion um den Münchner Wohnungsmarkt war es von Interesse auch bei der BürgerInnenbefragung 2005 die möglichen Gründe geplanter Um- und Wegzüge zu erfassen. Die häufigsten Gründe für Umzugserwägungen sind eine zu kleine Wohnung, private Gründe sowie zu hohe Mietkosten. Des Weiteren wurden oft berufliche Gründe und der Erwerb von Wohneigentum genannt. Damit werden ähnliche Gründe genannt, die bereits 2000 die wichtigste Rolle spielten. Eine deutlich geringere Bedeutung haben dagegen die im Jahr 2000 ebenfalls noch recht häufig genannte Verkehrsbelastung (2005: 2%; 2000: 12%) sowie der schlechte Wohnungs- bzw. Gebäudezustand (2005: 2%; 2000: 11%). Für die verschiedenen Haushaltstypen stehen dabei unterschiedliche Umzugsmotive im Vordergrund:

Die häufigsten Umzugsgründe sind eine zu kleine Wohnung, private Gründe sowie zu hohe Mietkosten

- Befragte aus Erwachsenen-Haushalten führen im Vergleich häufiger an, wegen privater oder beruflicher Gründe umziehen zu wollen.
- Für die Befragten aus Haushalten mit Kindern stehen in Relation dagegen die zu kleine Wohnung und der Erwerb von Eigentum im Vordergrund. Die Miete der Wohnung („zu teuer“), die im Jahr 2000 ebenfalls eine gewisse Tragweite für die Entscheidung der Haushalte mit Kindern hatte, spielt heute bei beiden Haushaltstypen dagegen eine ähnliche Rolle.

Mobilität ergibt sich aus den Zu- und Wegzügen. Betrachtet man die Zuzüge nach München, so ist zunächst festzuhalten, dass 22% (2000: 25%) der Befragten bereits seit ihrer Geburt in München leben. Von den nach München Zugezogenen kommen 23% aus dem direkten Umland von München sowie aus Oberbayern. Diese Zuzüge sind im Vergleich zu 2000 um fünf Prozentpunkte niedriger.

23% der Zugezogenen kommen aus dem Umland und Oberbayern

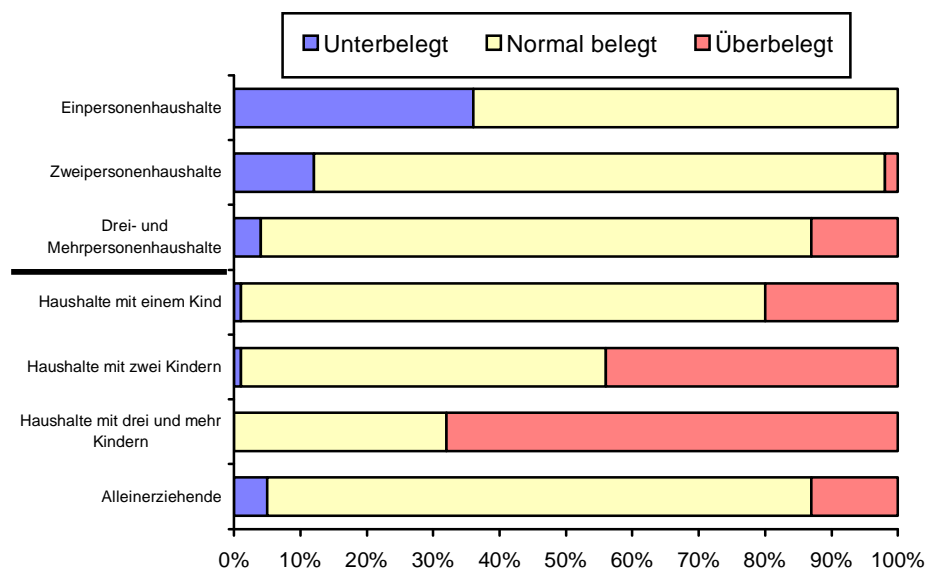
Zur Ermittlung der Wohnungsgröße und -belegung wurden sowohl die Anzahl der Zimmer (Räume über 6 qm, ohne Küche/ Kochnische, Bad, Toilette und Flur) als auch die Fläche der Wohnung in Quadratmetern erhoben. Ein Großteil der Wohnungen der Befragten besteht wie schon im Jahr 2000 aus zwei (25%) und drei (35%) Zimmern. 7% der Wohnungen sind Apartments bzw. Einzimmerwohnungen, 19% haben vier Wohnräume und 14% besitzen fünf und mehr Zimmer. Die Verteilung der Wohnräume im Jahr 2005 entspricht damit annähernd derjenigen vom Jahr 2000.

Die Wohnungen der Befragten bestehen überwiegend aus zwei (25%) und drei (35%) Zimmern

Als ein wichtiges Maß für den Wohnkomfort kann die Belegungsdichte herangezogen werden. Sie gibt an, wie viele Räume pro Haushaltsmitglied zur Verfügung stehen. Aus den Daten der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 geht hervor, dass 15% der Münchner Wohnungen unterbelegt, 10% überbelegt (pro Person steht weniger als ein Zimmer zur Verfügung) und mit 75% die meisten normal belegt sind. Die Belegungsdichten stellen sich insgesamt damit ähnlich dar wie bei der Befragung im Jahr 2000. Betrachtet man die Belegungsdichten getrennt nach Haushaltstypen, so bestätigen diese Ergebnisse den bekannten Trend am Münchner Wohnungsmarkt: Die Überbelegung der Wohnungen steigt mit zunehmender Haushaltsgröße rapide an. 44% der befragten Haushalte mit zwei Kindern und 68% der Haushalte mit drei und mehr Kindern leben in überbelegten Wohnungen (*Abbildung 6*). Das sind nochmals deutlich mehr als im Jahr 2000: Bei den Haushalten mit zwei Kindern ist eine Zunahme um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen und bei den Haushalten mit drei und mehr Kindern nahm der entsprechende Anteil sogar um 16 Prozentpunkte zu.

15% der Münchner Wohnungen sind unterbelegt, 10% überbelegt und 75% normal belegt.

Abbildung 6: Belegungsdichte der Wohnungen und Haushaltstypen (Angaben in Prozent)



Geht man davon aus, dass den Haushalten durchschnittlich knapp 43 qm Wohnfläche pro Person zur Verfügung stehen (*Tabelle 3*), zeigt sich das bereits bei der Belegungsdichte sichtbar werdende „doppelte Versorgungsgefälle“: Erwachsenen-Haushalte verfügen über eine größere personenbezogene Wohnfläche als Haushalte mit Kindern und innerhalb dieser beiden Gruppen nimmt die Wohnfläche pro Per-

Den Haushalten stehen durchschnittlich knapp 43 qm Wohnfläche pro Person zur Verfügung

son mit zunehmender Haushaltsgröße ab, wobei insbesondere Haushalte mit drei und mehr Kindern oft mit weniger als 20 qm pro Person auskommen müssen.

Vergleicht man die durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche der Haushalte mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 so zeigt sich, dass die durchschnittliche Wohnfläche pro Person sowohl bei allen Haushalten insgesamt als auch bei den einzelnen Haushaltstypen in etwa gleich geblieben ist.

Tabelle 3: Versorgung mit Wohnraum: Wohnfläche pro Person und Haushaltstyp (Angaben in Prozent)

	Mittelwert Wohnfl./Kopf in qm		Wohnfläche pro Kopf in qm									
			Bis 20		21-30		31-40		41-50		Über 50	
	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005
Einpersonenhaushalte	59,4	61,0	1	2	7	6	15	14	18	18	59	60
Zweipersonenhaushalte	42,2	41,7	3	3	16	21	37	37	25	21	19	19
Drei- und Mehrpersonenhaushalte	33,3	31,1	12	16	39	40	29	32	11	6	9	6
Haushalte mit einem Kind	28,9	28,4	15	16	51	56	26	21	5	5	3	2
Haushalte mit zwei Kindern	26,4	25,1	30	37	45	43	17	13	5	5	3	2
Haushalte mit drei und mehr Kindern	22,2	21,7	50	55	38	37	9	6	3	1	0	1
Alleinerziehende	33,3	31,7	9	12	37	43	35	33	10	9	9	3
Alle Haushalte	44,3	42,6	8	10	21	25	25	25	17	15	29	26

Von den befragten Haushalten wohnen 68% in einer Mietwohnung, das restliche Drittel wohnt in einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus. Die Eigentümerquote hat sich damit gegenüber 2000 leicht erhöht. Bei den Haushalten mit Kindern beträgt sie 33%, wobei sie mit der Zahl der Kinder steigt. Der Anteil der EigentümerInnen ist bei den Erwachsenen-Haushalten und den Haushalten mit Kindern mit 32 bzw. 35% etwa gleich hoch. Schließlich wird die Schlechterstellung der Gruppe der Alleinerziehenden sichtbar; die EigentümerInnenquote beträgt hier nur 19%. Ein Vergleich mit den Daten der BürgerInnenbefragung 2000 ergibt, dass insbesondere der Anteil der EigentümerInnenquote bei den Haushalten mit zwei Kindern deutlich zugenommen hat (2005: 42%; 2000: 35%). Es zeigt sich außerdem, dass die EigentümerInnenquote der geborenen MünchnerInnen wesentlich höher ist als die der Zugezogenen. Sowohl bei den deutschen als auch bei den nicht deutschen Haushalten hat der Eigentumsanteil um jeweils etwa vier Prozentpunkte zugenommen, wie der Vergleich mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 (*Tabelle 4*) ausweist.

68% der Haushalte wohnen in einer Mietwohnung, die übrigen in einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus.

Tabelle 4: Eigentums- und Mietverhältnisse und Nationalität: BürgerInnenbefragung 2005 und 2000 im Vergleich (Angaben in Prozent)

	BürgerInnenbefragung 2005			BürgerInnenbefragung 2000		
	Deutsche	Nicht Deutsche	Alle Haushalte	Deutsche	Nicht Deutsche	Alle Haushalte
Miete/Untermiete	65	87	68	69	91	71
Wohneigentum	35	13	32	31	9	29

Betrachtet man die dominierende Gruppe der Mieter hinsichtlich der Finanzierungsart der Wohnung, so ergibt sich ein, dem Wohnungsmarkt entsprechendes Verteilungsmuster: 70% der befragten Mieterhaushalte wohnen in einer frei finanzierten Mietwohnung, 15% leben in einer Genossenschaftswohnung, 8% in einer Sozialwohnung, 6% in einer Werks- oder Dienstwohnung. Die restlichen Befragten lebten in einem Wohnheim. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 haben sich hier keine nennenswerten Änderungen hinsichtlich des Anteils der in privaten Mietwohnungen lebenden Haushalte ergeben. Andererseits sind signifikante Veränderungen bei den Anteilen der anderen Wohnungsformen vorzufinden: Zu erwähnen ist hier insbesondere der nun höhere Anteil von MieterInnen, die in Genossenschaftswohnungen leben (2005: 15%; 2000: 9%). Dieser Zuwachs geht vor allem zu Lasten der Werks- (2005: 6%; 2000: 8%) und Sozialwohnungen (2005: 8%; 2000: 12%). Haushaltstypische Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich des Sozialwohnungs- bzw. Genossenschaftswohnungsanteils. Der Sozialwohnungsanteil ist überdurchschnittlich bei den großen Haushalten, insbesondere bei solchen mit Kindern. Der Genossenschaftsanteil ist vor allem bei den Alleinerziehenden deutlich höher als bei den anderen Haushalten.

70% der Mieterhaushalte wohnen in einer frei finanzierten Mietwohnung

Die hohen finanziellen Belastungen, die derzeit bei Neuvermietungen zu erwarten sind, müssen nicht notwendigerweise für alle Mieter zutreffen. Nach unseren Erhebungen beträgt die durchschnittliche Miete der Haushalte einschließlich der Mietnebenkosten derzeit 10,13 Euro pro Quadratmeter monatlich. Gegenüber 2000 (BürgerInnenbefragung: 17,31 DM = 8,85 €) ist die Miete damit nochmals um gut 14% gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von rund 3%. Der Zuwachs der Mieten hat sich damit im Vergleich zu den 1990er Jahren etwas verlangsamt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Miethöhe bis zum Jahr 2003 signifikant negativ mit der Wohndauer in Beziehung steht: Je länger die Befragten bereits in ihrer Wohnung leben, umso niedriger ist die durchschnittliche monatliche Miete pro qm (Tabelle 5). Die Höhe der Miete steigt, wie schon die Befragung 2000 gezeigt hat, im Verlauf der 1990er Jahre deutlich mit dem Jahr des Einzugs in die gegenwärtige Wohnung an. Die Durchschnittsmiete derjenigen Mietverträge, die von 1991 bis 1994 abgeschlossen wurden, beträgt 9,14 €/qm. Dieser Aufwärtstrend setzt sich proportional fort, bis zum Höhepunkt im Jahr 2003, das heißt, je später das Einzugsdatum, umso höher ist die durchschnittliche Quadratmetermiete. Nach dem Jahr 2003 gehen die Mieten in München wieder zurück auf nunmehr 10,61 €/qm.

Miete stieg durchschnittlich um 3% pro Jahr

Tabelle 5: Durchschnittliche Miete pro qm und Einzugszeitpunkt (Angaben in Euro pro qm)

1991 bis 1994	1995 bis 1997	1998 bis 2000	2001 bis 2002	2003	2004	2005
9,14 €	9,68 €	10,22 €	11,01 €	12,28 €	11,36 €	10,61 €

Bei der Belastung durch die Mietkosten zeigen sich haushaltstypische Unterschiede (*Tabelle 6*). Die höchsten Mietpreise entfallen demnach auf die Einpersonenhaushalte, von denen 48% Mietpreise von 10 € bis unter 15 €/qm und sogar 9% 15 € und mehr aufbringen müssen. Deutlich weniger zahlen die Familien mit drei und mehr Kindern, von denen nur rund ein Drittel 10 €/qm und mehr bezahlen müssen. Dieser Effekt ist mit den verhältnismäßig großen Wohnungen dieser Familien zu erklären, da mit zunehmender Wohnungsgröße die Mietpreise pro Quadratmeter im Allgemeinen fallen. Im Vergleich mit der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt sich, dass sich die Belastung durch die Mietkosten für alle Haushalte nochmals verschärft hat. Vor allem die Zunahmen der Anteile der großen Haushalte sind dabei festzuhalten, die nun höhere Mietpreise von 10 €/qm und mehr bezahlen. Auch die durchschnittlichen Mietbelastungsquoten der einzelnen Haushaltstypen haben im Vergleich zum Jahr 2000 zum Teil deutlich zugenommen: Die größten Zuwächse zwischen vier und sechs Prozentpunkten haben hier die Erwachsenenhaushalte zu verzeichnen, während die Mietbelastungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern sogar um drei Prozentpunkte abnahm.

Einpersonenhaushalte zahlen die höchsten Mietpreise

Belastung durch die Mietkosten hat sich für alle Haushalte nochmals verschärft

Tabelle 6: Mietbelastungsquoten und Haushaltstyp

Mietbelastungs- quote	Alle Haushalte %	Haushalte ohne Kinder			Haushalte mit Kindern			
		1-Pers.- HH %	2-Pers.- HH %	3-u.- mehr- Pers.-HH %	1 Kind %	2 Kinder %	3 und mehr Kinder %	Allein- erzie- hende %
1 < 10 %	2	1	2	4	1	2	7	0
10 < 20 %	17	11	22	20	17	18	12	7
20 < 30 %	31	25	36	31	34	37	29	29
30 < 40 %	22	21	20	17	29	26	29	29
40 < 50 %	13	17	9	16	11	10	15	12
50 % und mehr	15	26	10	13	8	8	7	24
Summe	100	101	99	101	100	101	99	101
Mittelwert	36%	42%	31%	36%	31%	31%	30%	41%
Basis (Haushalte)	1.485	503	511	101	172	115	41	42
Keine Berechnung möglich	28%	25%	28%	44%	22%	27%	21%	39%

Vergleicht man hierzu die Wohnkosten, die von Münchner Wohnungs- oder HauseigentümerInnen aufzubringen sind, so liegt deren monatliche Belastung im Durchschnitt deutlich niedriger. Hier beinhalten die Wohnkosten Tilgung, Zinsen und Wohngeld. Der Durchschnittswert dieser Kosten liegt bei 6,23 €/qm im Monat. Im Vergleich zu 2000 ist zwar auch die Belastung der Haus- und WohnungseigentümerInnen angestiegen (BürgerInnenbefragung: 5,94 €/qm), diese Steige-

Der Anstieg der Belastung der Haus- und WohnungseigentümerInnen ist weitaus geringer als die Steigerung der Mietkosten

rungsrate beträgt aber nur knapp 5% (jährliche Zunahme: rund 1%). Der Anstieg der Belastung der Haus- und WohnungseigentümerInnen ist damit deutlich geringer als die Steigerung der Mietkosten.

Die Quadratmeter-Preise geben als Mietbelastungsindikator nur einen Teil der tatsächlichen Situation der Haushalte wieder. Um die Mietbelastung der Haushalte adäquat beurteilen zu können, ist es nötig, das HHNE der Haushalte mit zu berücksichtigen. Betrachten wir zunächst die Mieterhaushalte, so ergibt sich, dass die durchschnittliche Mietbelastungsquote aller Haushalte zum Zeitpunkt der Befragung 36% betrug. Damit ist die Mietbelastung der Münchner Haushalte deutlich höher als diejenige der westdeutschen Bevölkerung insgesamt (26%). Im Vergleich mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt sich, dass die Mietbelastung der Münchner Haushalte im Verlauf der letzten Jahre noch einmal zugenommen hat (von 32% auf 36%).

Mietbelastung hat im Verlauf der neunziger Jahre noch einmal zugenommen

Die haushaltsspezifische Untersuchung der Mietbelastungsquoten lässt erkennen, dass die Alleinstehenden mit durchschnittlich 42% im Jahr 2005 die höchste Mietbelastungsquote haben. Die anderen Erwachsenen-Haushalte mit mehr Personen haben dagegen relativ günstige Mietbelastungsquoten (31% bzw. 36%). Dies dürfte auch daran liegen, dass diese Haushalte im Durchschnitt etwas längere Wohndauern aufweisen. Schließlich liegen auch die Mietbelastungsquoten der Haushalte mit Kindern alle unter dem Durchschnitt. Die zweithöchsten Mietbelastungsquoten haben die Alleinerziehenden, die trotz relativ niedriger Quadratmeter-Preise im Schnitt 41% ihres HHNE für die Miete ausgeben, also einen ähnlich hohen Anteil wie die Alleinstehenden. Nicht deutsche Haushalte haben im Schnitt eine etwas höhere Mietbelastung als deutsche Haushalte (38% gegenüber 35%).

Höchste Mietbelastungsquoten mit 42% bei Alleinstehenden

Um der großen Bedeutung der Mietbelastung für die Wohnqualität und die Lebenslage der Haushalte gerecht zu werden, wurden die Ergebnisse zusätzlich hinsichtlich zweier wichtiger Indikatoren analysiert. Es zeigt sich, wie schon bei der Befragung im Jahr 2000, dass die Mietbelastungsquote deutlich mit den Pro-Kopf-Einkommen (PKE) in Beziehung steht: Die Mietbelastungsquote ist umso geringer, je höher das PKE ist. Im Einzelnen sind dabei folgende Tendenzen zu erkennen: Während 83% und damit erheblich mehr als noch im Jahr 2000 (58%) der „ärmsten“ Münchner Haushalte (mit einem Äquivalenzeinkommen bis 600 €) Mietbelastungsquoten von 40% und mehr haben, findet sich diese Extrembelastung nur bei knapp 4% der „Reichen“ (Äquivalenzeinkommen von mehr als 2.450 €). Ein Vergleich mit der durchschnittlichen Mietbelastungsquote ergibt, dass erst ab einem PKE von über 1.250 € die Quote für die Mietbelastung deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Auch diese Ergebnisse zeigen nochmals die doppelte Benachteiligung der unter dem Existenzminimum (Äquivalenzeinkommen von weniger als 600 €) lebenden Bürgerinnen und Bürger in aller Deutlichkeit, wobei hier darauf hinzuweisen ist, dass sich diese Situation im Vergleich zum Jahr 2000 nochmals deutlich verschärft hat: Diese Haushalte haben nicht nur geringe finanzielle Ressourcen, sondern werden durch das überhitzte Mietniveau in München zusätzlich äußerst stark belastet.

83% der „ärmsten“ Haushalte haben Mietbelastungsquoten von 40% und mehr

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten empfindet die Belastungen durch die Miete dementsprechend als „hoch“ bzw. „sehr hoch“, während demgegenüber 38% das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen als angemessen und 10% sogar als „niedrig“ bzw. „sehr niedrig“ empfinden. Die subjektive Bewertung der Relation zwischen Miete und Einkommen hat sich damit gegenüber dem Jahr 2000 kaum verändert.

Jede(r) zweite Befragte empfindet die Mietbelastung als „(sehr) hoch“

Stellt man nun die subjektive Bewertung der Mietbelastung den objektiven Mietbelastungsquoten gegenüber, so zeigt sich, dass Mietbelastungen bis unter 25% noch überwiegend als angemessen beurteilt werden, wogegen sich bei einer Mietbelastungsquote ab 25% ein Wechsel vollzieht. Insbesondere Mietbelastungsquoten von 35% und mehr werden dementsprechend nur noch von einer kleinen Gruppe von Haushalten als akzeptabel bewertet. Es darf jedoch auch hier nicht übersehen werden, dass es Haushalte gibt, die auch niedrige Mietbelastungsquoten als „hoch“ bewerten. Auch hier haben sich im Vergleich zu 2000 kaum Veränderungen ergeben.

Vor allem Mietbelastungsquoten von 25% und mehr werden als hoch empfunden

8. Kontakte zu nicht deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Die subjektiv empfundene Lebensqualität hängt neben verschiedenen Dimensionen der Wohnungsqualität und den Mietkosten von einer Reihe von Faktoren ab. So üben etwa das Verhältnis zu den Nachbarn, die Zufriedenheit mit der Wohnsituation und/oder die Zufriedenheit der Befragten mit der Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtviertel erheblichen Einfluss aus.

Im Hinblick auf die Integrationsleistung und -fähigkeit einer Stadtgesellschaft stand bei der BürgerInnenbefragung 2005 das Verhältnis zwischen deutschen und nicht deutschen MitbürgerInnen im Mittelpunkt. Nimmt man das eine Fünftel der Befragten aus, die angaben, es gäbe keine nicht deutschen MitbürgerInnen in der Nachbarschaft, dann bleibt festzuhalten, dass sechs von zehn Befragten das Verhältnis zwischen deutschen und nicht deutschen Nachbarn als sehr gut bezeichnen. Für ein weiteres Drittel besteht ein normales nachbarschaftliches Verhältnis zwischen Deutschen und nicht Deutschen und lediglich jede/r zwanzigste Befragte sagt, es „komme zu Reibereien“. Hier zeigen sich klare Unterschiede in der Einschätzung im Vergleich zum Jahr 2000: Damals war nur knapp jede/r fünfte Befragte, jetzt mehr als jede/r zweite Befragte, der Meinung, deutsche und nicht deutsche Nachbarn kämen sehr gut miteinander aus, wobei ebenfalls nur jede/r Zwanzigste sagte, es gäbe zwischen ihnen Reibereien. Deutsche und nicht deutsche MitbürgerInnen unterscheiden sich in der Einschätzung ihres Nachbarschaftsverhältnisses dagegen kaum und sehen es ähnlich positiv.

Sechs von zehn Befragten halten das Nachbarschaftsverhältnis zwischen Deutschen und nicht Deutschen für sehr gut

In der Umfrage wurde des Weiteren nach den persönlichen Kontakten zu nicht deutschen MitbürgerInnen (bzw. zu Deutschen, falls es sich bei der befragten Person um eine/n nicht deutsche MitbürgerIn handelt) gefragt. Es stellte sich heraus, dass insgesamt gut 18% der Befragten, keine derartigen Kontakte haben. Der häufigste Kontakt zwischen Deutschen und nicht Deutschen besteht über den Freundes- bzw. Bekanntenkreis (49%). Des Weiteren haben 40% nachbarschaftliche Kontakte. Zudem zeigt sich auch in der diesjährigen Befragung

Am häufigsten haben Deutsche und nicht Deutsche Kontakt über den Freundes- bzw. Bekanntenkreis (49%)

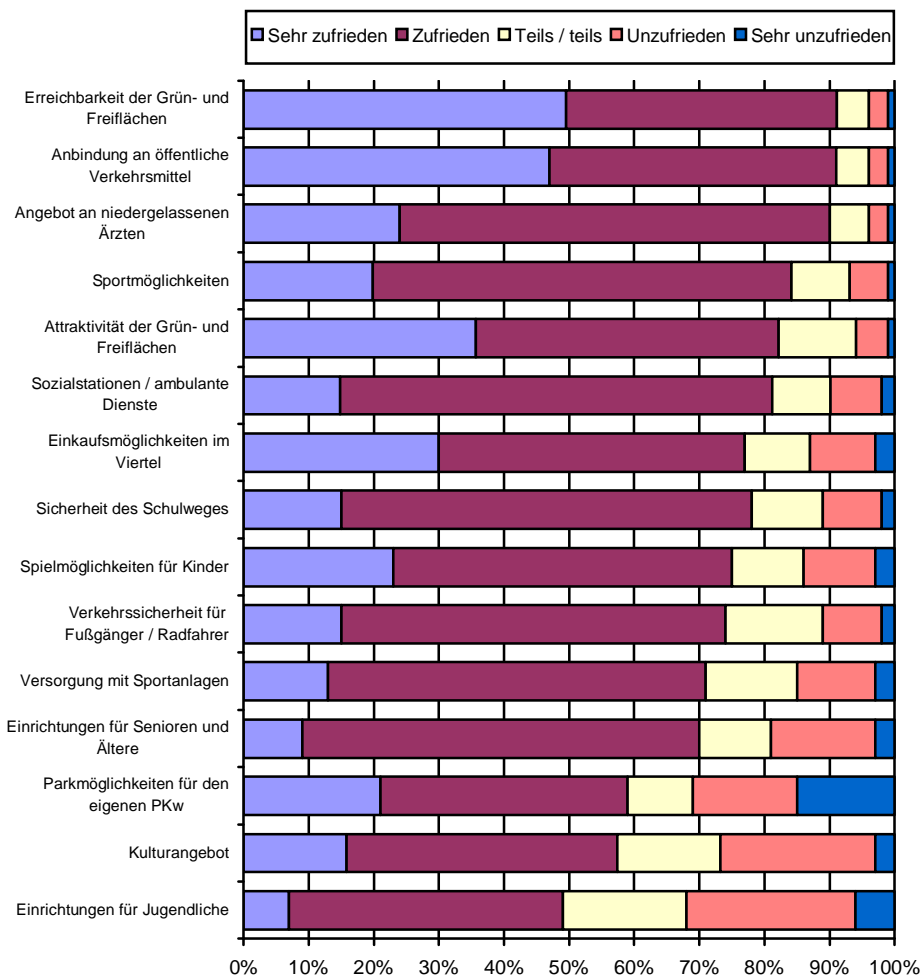
die Bedeutung der Arbeit für soziale Kontakte und die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten: 38% der Kontakte zwischen deutschen und nicht deutschen sind am Arbeitsplatz zustande gekommen. Frauen treffen nicht deutsche (deutsche) MitbürgerInnen wesentlich häufiger in der Kindertagesstätte oder Schule bzw. in der Nachbarschaft als Männer. Diese wiederum haben weitaus mehr Kontakte am Arbeitsplatz und im Freundes- bzw. Bekanntenkreis. Hier zeigen sich die geschlechtsspezifischen Rollen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die sozialen Netzwerke. Auch im Vergleich mit der 2000er Befragung ergeben sich deutliche Unterschiede: Im Jahr 2000 hatten noch wesentlich mehr Befragte überhaupt keinen Kontakt zu ihren (nicht) deutschen MitbürgerInnen (2005: 18%; 2000: 26%), wobei andererseits zum Teil deutlich mehr Zusammentreffen in der Kindertagesstätte bzw. Schule (2005: 5%; 2000: 12%) und am Arbeitsplatz (2005: 38%; 2000: 42%) zu Stande kamen. Im Jahr 2005 (40%) waren dagegen die nachbarschaftlichen Kontakte häufiger als noch im Jahr 2000 (31%).

9. Zufriedenheit mit der Wohnumgebung

Die Ergebnisse der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung zeigen ein relativ hohes Ausmaß an Wohnqualität (*Abbildung 7*). Über 90% gaben z.B. an, dass sie mit der Erreichbarkeit der Grünanlagen (sehr) zufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, dem Angebot an niedergelassenen Ärzten, den Sportmöglichkeiten und der Attraktivität der Grünanlagen ist ebenfalls sehr hoch. Auch mit den Sozialstationen/ambulanten Diensten, den Einkaufsmöglichkeiten und den Spielmöglichkeiten für Kinder ist die überwiegende Mehrheit der Befragten zufrieden. Weniger zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger vor allem mit den Einrichtungen für Jugendliche.

Es zeigt sich eine relativ hohe Zufriedenheit mit der Wohnqualität

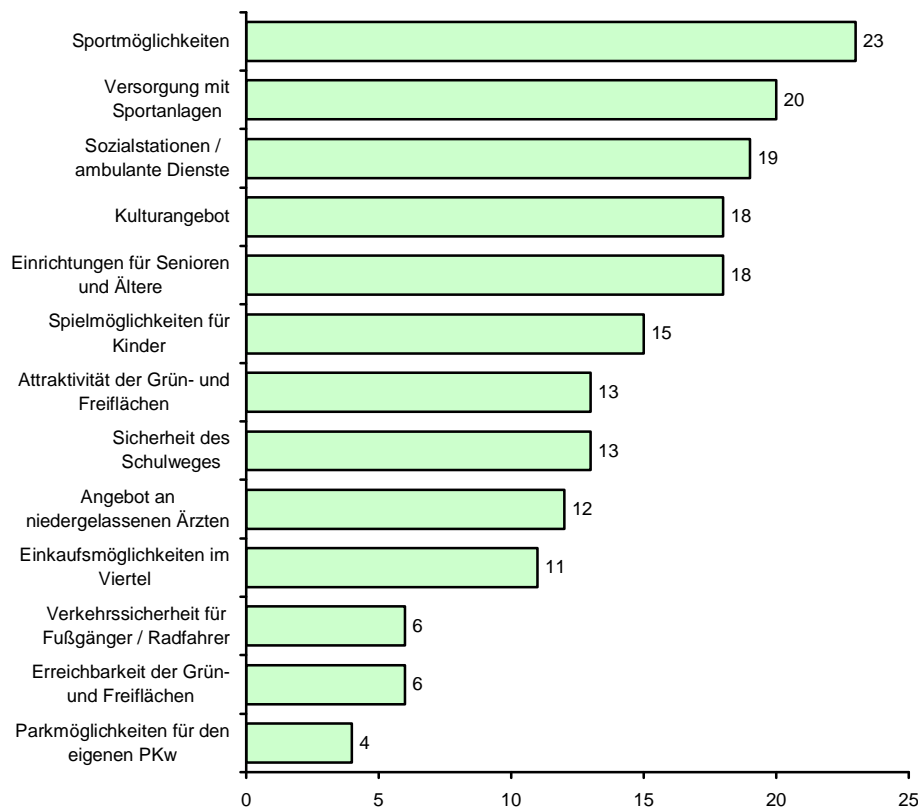
Abbildung 7: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der unmittelbaren Wohnumgebung (Angaben in Prozent) - Alternativ



Unabhängig davon, dass die Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten bereits im Jahr 2000 zum Teil schon relativ groß war, bleibt festzuhalten, dass sich die Zufriedenheit mit allen Aspekten des Wohnumfelds seit der letzten BürgerInnenbefragung statistisch signifikant verbessert hat (*Abbildung 8*). Den größten Zuwachs in der Zufriedenheit verzeichneten mit einer Steigerung von 23 Prozentpunkten die Sportmöglichkeiten. Auch das Angebot an Sportanlagen (+ 20 Prozentpunkte) sowie die Versorgung mit Sozialstationen / ambulanten Diensten (+ 19 Prozentpunkte) und die Einrichtungen für Senioren bzw. das Kulturangebot (jeweils + 18 Prozentpunkte) waren im Vergleich besser bewertet.

Die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld hat sich seit der letzten BürgerInnenbefragung in allen Bereichen verbessert

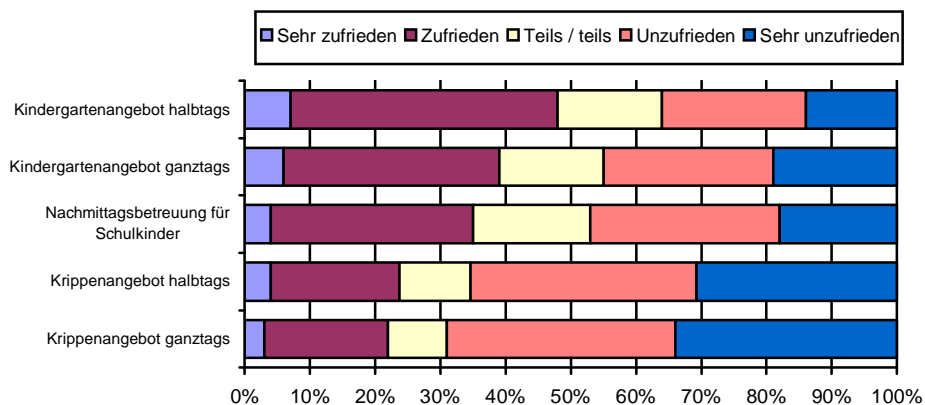
Abbildung 8: Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung; Vergleich der Daten von 2000 und 2005 (Veränderung in Prozentpunkten)



Die Eltern mit Kindern unter 16 Jahren (677 Personen) sollten darüber hinaus die Wohnqualität für Familien mit Kindern beurteilen, indem sie angeben, wie zufrieden sie mit den speziellen Betreuungseinrichtungen für Kinder in der Landeshauptstadt München sind (*Abbildung 9*). Im Vergleich am zufriedensten sind die befragten Eltern mit dem Kindergartenangebot. Auch mit der Nachmittagsbetreuung ist noch etwa jede/r dritte Befragte zufrieden, während das Krippenangebot generell die größte Unzufriedenheit auslöst. Insgesamt betrachtet ist das Zufriedenheitsniveau mit den Kinderbetreuungseinrichtungen nicht besonders gut.

Im Vergleich am zufriedensten sind die befragten Eltern mit dem Kindergartenangebot, während die Unzufriedenheit mit dem Krippenangebot am größten ist

Abbildung 9: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der unmittelbaren Wohnumgebung (Angaben in Prozent; nur Befragte mit Kindern unter 16 J.)



Die Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen unterscheidet sich geschlechtsspezifisch kaum: Frauen und Männer schätzen die jeweilige Einrichtungen jeweils ähnlich ein. Deutliche Differenzen in der Zufriedenheit zeigen sich dagegen zwischen Deutschen und nicht Deutschen: Mit Ausnahme des halbtägigen Kindergartenangebotes sind die nicht deutschen MitbürgerInnen mit allen abgefragten Einrichtungen wesentlich zufriedener als die deutschen Befragten.

Fasst man die verschiedenen Aspekte der Wohnumgebung mit Hilfe einer Faktorenanalyse in allgemeinere Bereiche zusammen, ergeben sich vier Dimensionen, denen einzelne Merkmale der Wohnumgebung zugerechnet werden können: Man erhält zunächst den Bereich „Einrichtungen für Soziales und Freizeit“. Die zweite Dimension umfasst die „Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Wohnumfeld“, während eine dritte Dimension mit dem Begriff „Verkehrssicherheit“ bezeichnet werden kann. Der vierte und letzte Komplex fasst den „Wohnquartierstandard“ zusammen.

Faktoren, welche die Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigen können, sind Belästigungen in der unmittelbaren Wohnumgebung. So fühlt sich jeweils rund ein Fünftel aller Befragten von dem durch Verkehr und Betrieben verursachten Lärm und der Luftverschmutzung zumindest teilweise belästigt. 16% aller MitbürgerInnen fühlen sich durch verschmutzte Straßen und Plätze gestört. Durch Kinder belästigt fühlen sich dagegen nur 4% der Befragten. Insgesamt betrachtet fallen die Beeinträchtigungen durch Lärm und Verschmutzung in München jedoch relativ gering aus. Eine zusätzliche Analyse deckt die Abhängigkeit aller vier erfragten möglichen Störquellen auf: Wer sich durch Lärm beeinträchtigt fühlt, empfindet auch eher eine Belästigung durch schlechte Luftqualität, bemängelt eher die Sauberkeit der Straßen und öffentlichen Plätze und fühlt sich eher durch spielende Kinder gestört.

Beeinträchtigungen durch Lärm und Verschmutzung fallen in München relativ gering aus

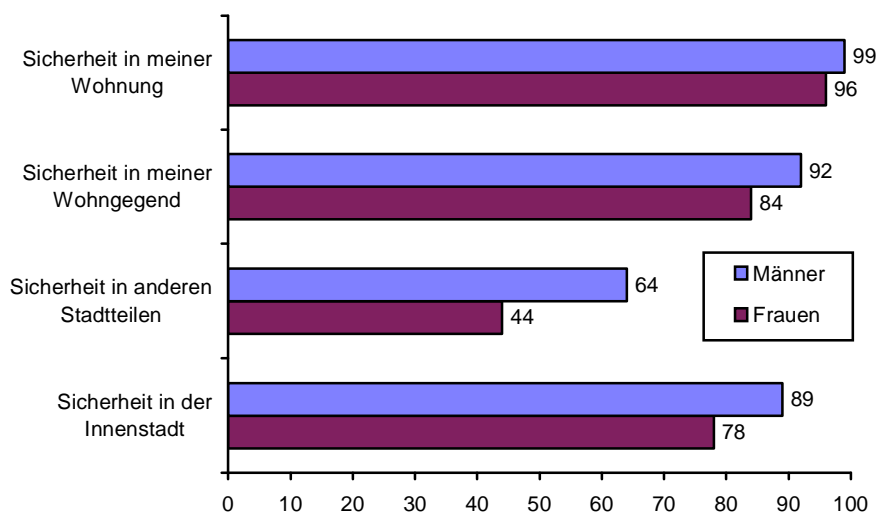
10. Sicherheit

München gilt als eine der sichersten Großstädte Deutschlands. Diese objektiven Kriminalitätsdaten können nun mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden der befragten Münchner verglichen werden. Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass das Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohnung bei nahezu allen Befragten hoch ist: 97% fühlen sich abends sicher bis sehr sicher in der eigenen Wohnung. Mit Werten zwischen über 80% und fast 90% werden abends als ähnlich sicher auch die Wohnumgebung und die Innenstadt eingestuft. Die abendliche Sicherheit in anderen Stadtteilen wird von den Befragten dagegen als nicht ganz so sicher beurteilt: „Nur“ jede/r zweite MitbürgerIn fühlt sich bei Dunkelheit in anderen Stadtteilen sicher. Unabhängig davon, dass das subjektive Sicherheitsgefühl am Abend bereits im Jahr 2000 zum Teil schon relativ hoch ausgeprägt war, bleibt festzuhalten, dass sich dieses Gefühl der Sicherheit seit der letzten BürgerInnenbefragung in allen Bereichen statistisch signifikant verbessert hat. Den größten Zuwachs in der subjektiv wahrgenommenen Sicherheit verzeichnet mit einer Steigerung von 24 Prozentpunkten die Münchner Innenstadt. Auch in der eigenen Wohngegend (+ 16 Prozentpunkte) sowie in den jeweils anderen Stadtteilen Münchens (+ 12 Prozentpunkte) fühlen sich die Befragten sicherer als im Jahr 2000. Die Sicherheit in München wird dabei nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifisch für einzelne Teilbereiche durchaus unterschiedlich bewertet. Insbesondere zeigen sich deutliche Unterschiede im subjektiven Sicherheitsgefühl zwischen Männern und Frauen (*Abbildung 10*): Frauen fühlen sich unabhängig vom absoluten Ausmaß in allen vier abgefragten Bereichen signifikant unsicherer als Männer.

Das Sicherheitsgefühl ist bei den Befragten im Allgemeinen hoch.

Die subjektiv wahrgenommene Sicherheit hat seit dem Jahr 2000 in allen Bereichen verbessert.

Abbildung 10: Sicherheit und Geschlecht (Angaben in Prozent; nur Nennungen „sehr sicher“ und „sicher“)



Altersspezifisch sind für die drei Bereiche Sicherheit in der Wohngegend, in anderen Stadtvierteln und in der Innenstadt signifikante Unterschiede in der Einschätzung festzuhalten: Je älter die Befragten sind, umso unsicherer fühlen sie sich in diesen drei Bereichen und

umgekehrt.

Deutsche und nicht deutsche Bürgerinnen und Bürger weichen dagegen lediglich in der Einschätzung der Sicherheit in anderen Stadtteilen signifikant voneinander ab: Nicht Deutsche (67%) fühlen sich in anderen Stadtteilen sicherer als Deutsche (51%).

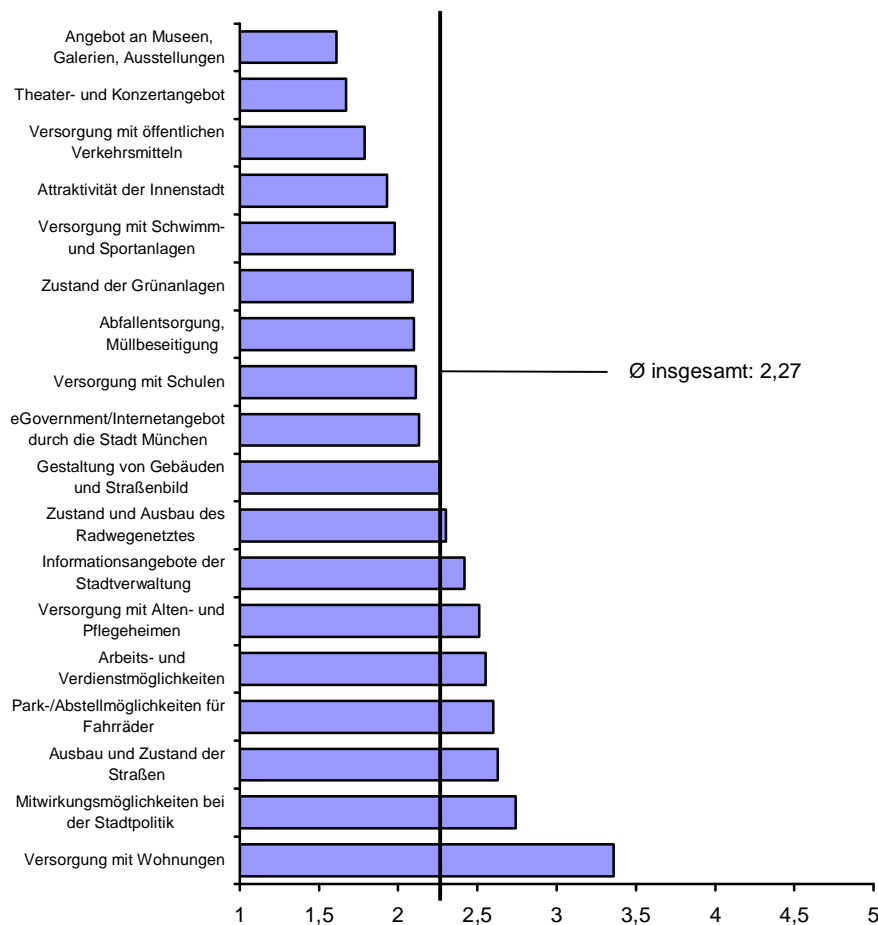
Zusammenfassend zeigt sich jedoch, dass das recht hohe subjektive Sicherheitsgefühl der Befragten mit der im Vergleich zu ähnlich großen Städten (wie z.B. Hamburg) objektiv geringeren Münchner Kriminalität korrespondiert – das, was die Polizeistatistik erfasst, ist somit auch die von den befragten Personen erlebte Realität.

11. Merkmalsprofil von München

München konkurriert im Standortwettbewerb mit anderen Städten. Zunehmend wichtiger für die Ansiedlung neuer Unternehmen werden dabei neben „harten“ ökonomischen Aspekten und einem ausreichenden „pool“ an qualifizierten Arbeitskräften die sog. „weichen“ Standortfaktoren. Die BürgerInnenbefragung 2005 sollte deshalb die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit diesen unterschiedlichen Lebensbedingungen erfassen. Mit den meisten der 18 vorgelegten Merkmalen (von Einkaufsmöglichkeiten über die Versorgung mit Schulen, Krankenhäusern usw. bis zu vielen Freizeitangeboten) sind die Befragten im Durchschnitt zufrieden (*Abbildung 11*). Eine erwähnenswerte Ausnahme ist die deutlich weniger zufrieden stellende Wohnungsversorgung. Über dem Durchschnitt der Bewertung liegen auch noch die Informationsangebote der Stadtverwaltung, die Versorgung mit Alters- und Pflegeheimen, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, die Park- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, der Ausbau und Zustand der Straßen sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik.

Mit Ausnahme der Wohnungsversorgung Zufriedenheit mit Merkmalen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen

Abbildung 11: Zufriedenheit mit Merkmalen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen (Mittelwerte von 1 = sehr zufrieden bis 5 = sehr unzufrieden)



Für einzelne Bereiche zeigen sich signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zufriedenheit mit den abgefragten Merkmalen. Die interessantesten Befunde lassen sich bei den Bereichen „Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten“, „Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen“, „Park- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder“ und „Versorgung mit Wohnungen“ erkennen, wobei die männlichen Befragten mit diesen Bereichen zufriedener sind als die Frauen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Daneben zeigen sich altersspezifisch folgende Tendenzen, wobei die Zusammenhänge zwar signifikant, in der Regel aber eher schwach ausgeprägt sind: Je älter die Befragten sind, umso zufriedener sind sie mit der „Versorgung mit Schulen“ und der „Abfallentsorgung und Müllbeseitigung“. Auf der anderen Seite gilt: Je älter die befragten Bürgerinnen und Bürger sind, umso unzufriedener sind sie mit dem „Ausbau und Zustand der Straßen“, dem „Zustand der Grünanlagen“, der „Attraktivität der Innenstadt“, der „Versorgung mit Wohnungen“ und den „Informationsangeboten der Stadtverwaltung“.

Altersspezifische Unterschiede

Deutsche und nicht deutsche Befragte unterscheiden sich in der Einschätzung fast aller abgefragten Lebensbedingungen: Mit dem größten Teil der vorgelegten Merkmale zu den Lebensbedingungen sind die nicht deutschen Interviewten deutlich zufriedener als die Deutschen. Ausnahmen bilden die „Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten“,

Nationalitätsspezifische Unterschiede

das „Theater- und Konzertangebot“ und das Angebot an/in Museen, Galerien“, mit dem die deutschen Befragten signifikant zufriedener sind.

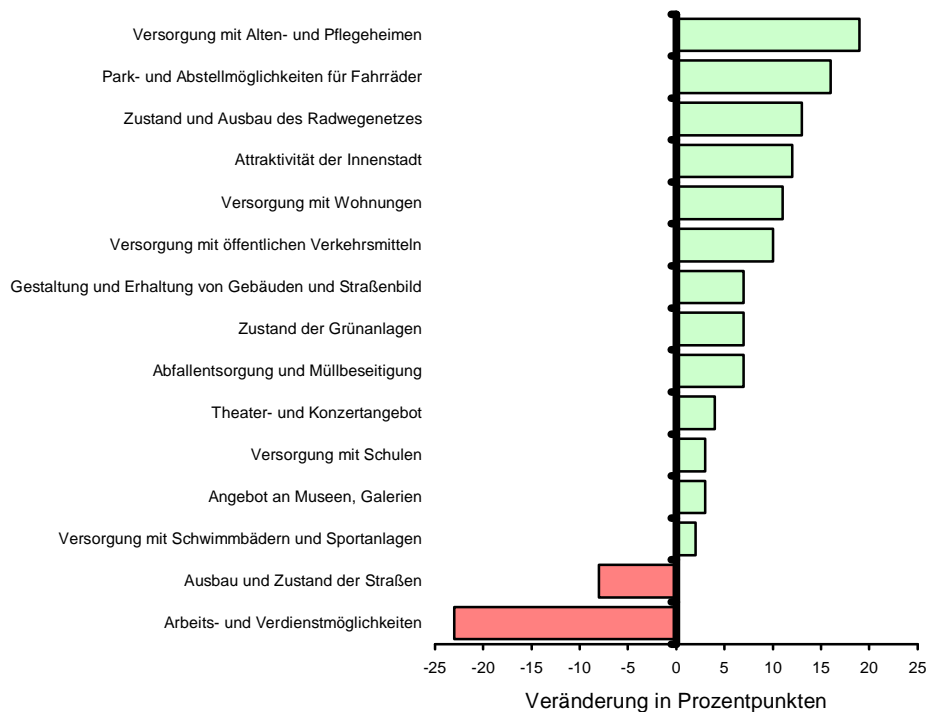
Erwähnenswert sind darüber hinaus die Differenzen in der Zufriedenheit zwischen den Haushaltstypen, wobei hier insbesondere folgende hervorzuheben sind: Befragte aus Haushalten ohne Kinder sind im Vergleich mit den Haushalten mit Kindern und den Alleinerziehenden eindeutig zufriedener mit der „Versorgung mit Schulen“, der „Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen“, den „Park- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder“ und den „Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik“.

Haushaltsspezifische Unterschiede

Vergleicht man die Einschätzungen dieser unterschiedlichen Lebensbedingungen mit den Ergebnissen der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung aus dem 2000, so haben sich in fast allen Bereichen Verbesserungen ergeben (Abbildung 12). Ausnahmen bilden der Ausbau und Zustand der Straßen sowie die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, die bei der diesjährigen Befragung deutlich schlechter beurteilt wurden. Insbesondere die schlechtere Bewertung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten dürfte dabei in engem Zusammenhang mit der insgesamt schlechteren wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage und Entwicklung in der Bundesrepublik (und damit auch in München) stehen.

Der Zustand der Straßen sowie die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten werden im Vergleich zu 2000 deutlich schlechter beurteilt

Abbildung 12: Zufriedenheit mit Merkmalen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen im Vergleich zum Jahr 2000 (Veränderung in Prozentpunkten der Kategorien „(Sehr) zufrieden“)

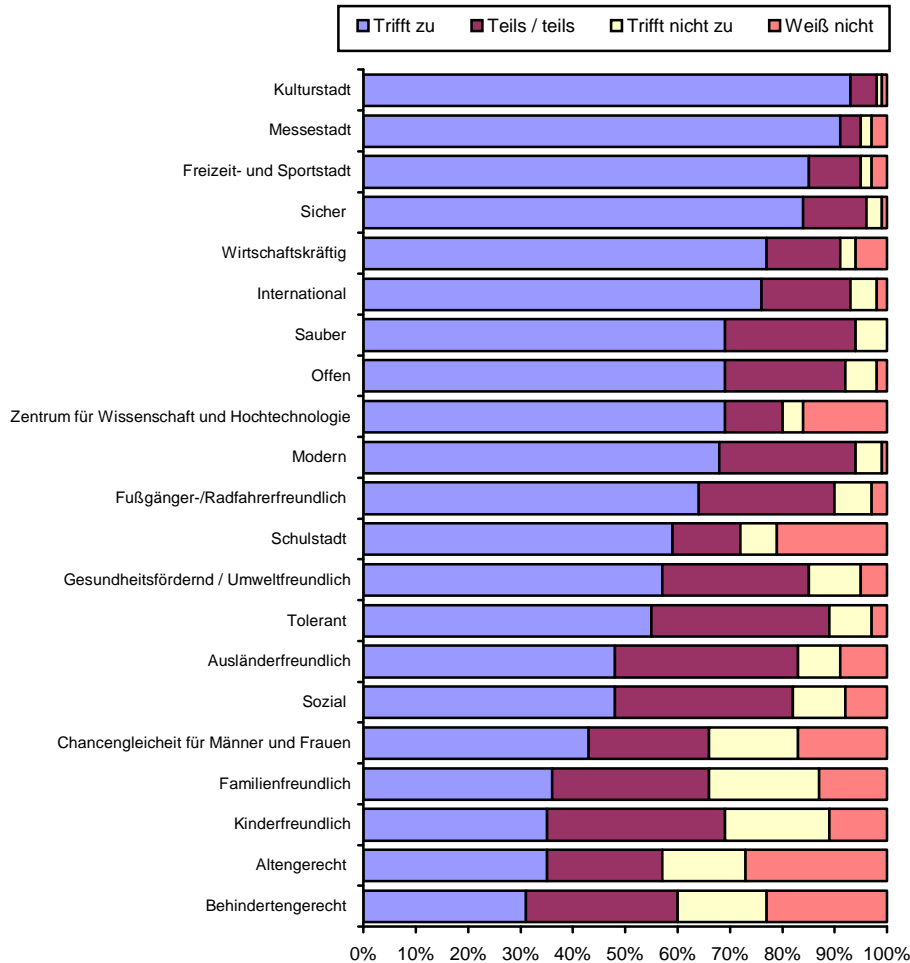


Mit der zusätzlichen Frage, ob bestimmte Merkmale und Eigenschaften auf München zutreffen oder nicht, kann das Bild, das die Befragten von München haben, weiter präzisiert werden. So ist die Stadt aus der Sicht der Mehrheit der Befragten eine moderne, offene, saubere,

Wirtschaftliche Merkmale und Eigenschaften Münchens überwiegen

internationale Wissenschafts- und Kulturmetropole mit guter Wirtschaftskraft und Sicherheit, deren Wert als Freizeit- und Sportstadt geschätzt wird (Abbildung 13).

Abbildung 13: Eigenschaften und Merkmale Münchens (Angaben in Prozent)



Auf Grund der zugeschriebenen Merkmale ist München aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger tendenziell eher auf integrierte und/oder voll leistungsfähige Menschen ausgerichtet. Denn die nur teilweise auf München zutreffenden Eigenschaften betreffen in erster Linie die Alten- und Behindertengerechtigkeit sowie die Kinder- und Familienfreundlichkeit. Interessant ist der Vergleich zwischen der BürgerInnenbefragung 2005 und 2000: Dabei fällt auf, dass 2005 alle Merkmale von den Befragten häufiger als auf München zutreffend genannt wurden als im Jahr 2000. Eine Ausnahme bildet das Merkmal „wirtschaftskräftig“. Hier hat die Zustimmung um 10 Prozentpunkte abgenommen. Besonders deutlich hat sich die Zustimmung zu den Merkmalen „Ausländerfreundlich“ (+27 Prozentpunkte) und „Offenheit“ (+26 Prozentpunkte) verbessert. Auch beim Thema „Altengerecht“ ist eine deutliche Zunahme der Zustimmung zu verzeichnen (+25 Prozentpunkte), wobei dieses Merkmal aber nach wie vor im Verhältnis zu den anderen Kennzeichen der Stadt München eher selten zugesprochen wird.

München zeichnet sich nur zum Teil durch soziale Merkmale aus

Für einzelne Bereiche zeigen sich geschlechtsspezifisch signifikante Unterschiede in der Zuschreibung. Die interessantesten Befunde lassen sich bei den Bereichen „Wirtschaftskraft“, „Sicherheit“, „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ und den sozialen Aspekten („Altengerecht“, „Kinderfreundlich“, „Behindertengerecht“ usw.) erkennen, wobei die männlichen Befragten die jeweiligen Eigenschaften der Stadt München generell häufiger zuschreiben als Frauen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede der zugeschriebenen Merkmale

Daneben zeigen sich altersspezifisch folgende Tendenzen: Die jüngeren Befragten bezeichnen München im Vergleich signifikant häufiger als sicher, sauber sowie altengerecht und sehen die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern eher umgesetzt. Ältere Befragte schreiben der Stadt München deutlich öfter folgende Eigenschaften zu: modern, international, offen, sozial, tolerant, familien-, ausländer-, kinder- und umweltfreundlich. Zudem sehen sie München signifikant häufiger als Freizeit- und Sportstadt, als Kulturstadt, als Messestadt sowie als Zentrum für Aus- und Weiterbildung sowie Wissenschaft und Hochtechnologie.

Altersspezifische Unterschiede der zugeschriebenen Merkmale

Auch deutsche und nicht deutsche Befragte unterscheiden sich in der Einschätzung der Merkmalsdimensionen: Den größten Teil der vorgelegten Merkmale beurteilen die nicht deutschen Interviewten deutlich besser als die Deutschen. Eine Ausnahme bildet die Eigenschaft „wirtschaftskräftig“, die der Stadt München von den deutschen Befragten signifikant öfter zugewiesen wird.

Nationalitätsspezifische Unterschiede der zugeschriebenen Merkmale

Erwähnenswert sind darüber hinaus die Differenzen in der Einschätzung zwischen den Haushaltstypen: Befragte aus Haushalten ohne Kinder bezeichnen München deutlich öfter als offen, tolerant, kinder-, familien-, ausländer- und umweltfreundlich. Zudem sehen sie München im Vergleich häufiger als Freizeit- und Sport-, Kultur- und Schulstadt sowie als Zentrum für Wissenschaft und Hochtechnologie.

Haushaltsspezifische Unterschiede der zugeschriebenen Merkmale

Die genannten Merkmale sind nicht unabhängig von den weiter oben dargestellten Lebensbedingungen der Stadt. Fast jede Eigenschaft hängt positiv und statistisch signifikant mit den einzelnen Lebensbedingungen zusammen. Eine nahe liegende Vermutung in diesem Zusammenhang wäre eine einkommensabhängig unterschiedliche Bewertung der Münchner Merkmalsdimensionen. Eine regressionsanalytische Überprüfung zeigt jedoch, dass das Image Münchens nicht vom Einkommen der Befragten abhängt, sondern dass hauptsächlich die vorher genannten soziodemografischen Merkmale (Alter, Geschlecht und Nationalität) für die unterschiedliche Beurteilung verantwortlich sind.

Zusammenfassend kann München auch im Jahr 2005 sowohl im Hinblick auf wahrgenommene Störungen und Belästigungen sowie die öffentliche Sicherheit als auch bezogen auf die Lebensbedingungen und die zugeschriebenen Eigenschaften als eine Stadt mit relativ hoher Lebensqualität bezeichnet werden, in der sich der Durchschnitt der BewohnerInnen wohl fühlt. Erwähnenswert ist, dass die Zufriedenheit und das Image hauptsächlich an den wirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie an kulturellen und Freizeitaspekten festgemacht werden. Soziale Aspekte werden dagegen etwas kritischer bewertet.

Image Münchens vor allem auf wirtschaftlichen Aspekte bezogen, während soziale Aspekte kritischer gesehen werden

12. Kommunale Themen und Probleme

Für eine Stadt als Ganzes ist es vor allem von Belang, für welche Bereiche sie finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen soll, um das kommunale Umfeld und die Lebensbedingungen in der Stadt differenziert weiter zu entwickeln. Dabei geht es darum, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu schaffen und die Gelder so einzusetzen, dass möglichst viele Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger befriedigt werden. Es ist deshalb von großem Interesse zu erfahren, welche Bereiche für die BefragungsteilnehmerInnen wichtig sind und wie sie die gegenwärtige Ausgabengestaltung einschätzen (Abbildung 14).

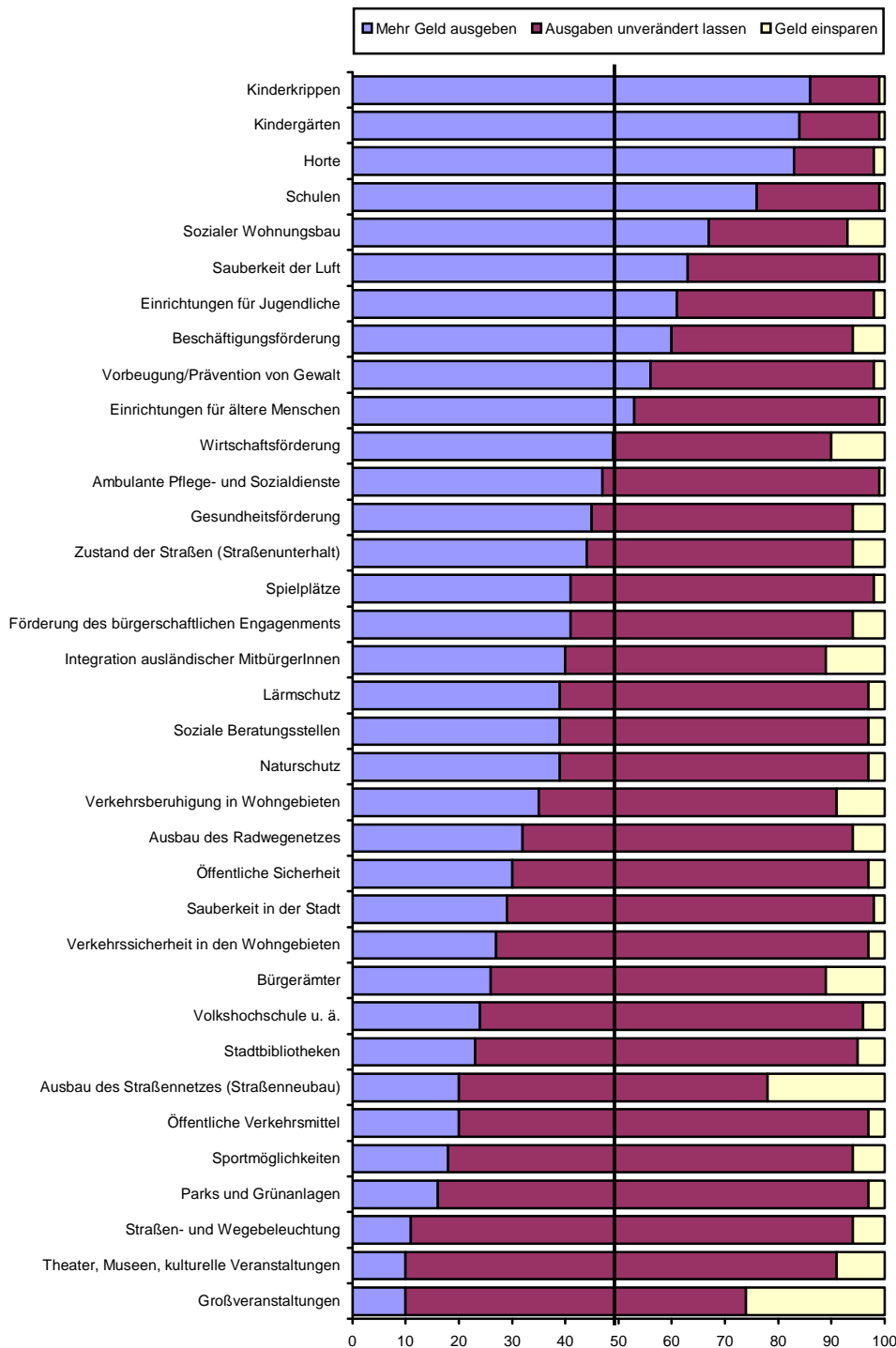
Ein erster Komplex zeichnet sich durch eine nachhaltig geforderte Ausgabenerhöhung aus: In diesen Bereichen fordern zum Teil weit mehr als die Hälfte der Befragten eine Erhöhung der Ausgaben durch die Landeshauptstadt München; z.B. Einrichtungen für Kinder (83% bis 86%) und Jugendliche (61%), Schulen (76%), sozialer Wohnungsbau (67%), Sauberkeit der Luft (63%), Beschäftigungsförderung (60%) und Prävention / Vorbeugung von Gewalt (56%). Ein zweiter Aufgabenkreis ist dadurch gekennzeichnet, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Ausgaben möglichst unverändert lassen möchte (z.B. Öffentliche Sicherheit (67%), Sauberkeit in der Stadt (69%), Verkehrssicherheit in Wohngebieten (70%), Volkshochschule und andere Bildungsstätten (72%), Stadtbibliotheken (72%), Sportmöglichkeiten (76%), öffentliche Verkehrsmittel (77%), Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen (81%), Parks und Grünanlagen (81%), Straßen- und Wegebeleuchtung (83%)). Schließlich zeigen sich Aufgabenfelder, für die im Vergleich zu den anderen Aufgabenbereichen eher Einsparungen gefordert werden. Dies sind vor allem vier Einzelbereiche: die Integration von MitbürgerInnen ausländischer Herkunft (11%), die Bürgerämter (11%) und insbesondere der Ausbau des Straßennetzes (22%) sowie die Großveranstaltungen (26%).

Unabhängig von diesen generellen Tendenzen ist erkennbar, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt die Aufgabenfelder „Kinder- und Jugendbetreuungsangebote“, „Wohnungsbau“ und „Schulen“ in der Prioritätenliste ganz oben stehen.

Forderung einer Ausgabenerhöhung für Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Schulen sowie sozialen Wohnungsbau

Einsparungen insbesondere beim Ausbau des Straßennetzes und für Großveranstaltungen

Abbildung 14: Gewünschte Ausgabenplanung für verschiedene Bereiche (Angaben in Prozent)



In der Wichtigkeit der Aufgabenbereiche, zeigen sich eindeutige nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifische Präferenzen: Die Befragten deutscher Haushalte möchten häufiger als die nicht Deutschen, dass mehr Geld für die Kindertageseinrichtungen, Schulen, die Einrichtungen für Jugendliche, den Zustand der Straßen und den Ausbau des Radwegenetzes sowie für öffentliche Verkehrsmittel ausgegeben wird. Nicht deutsche MitbürgerInnen fordern im Vergleich häufiger mehr Ausgaben im sozialen Wohnungsbau sowie für die Integration

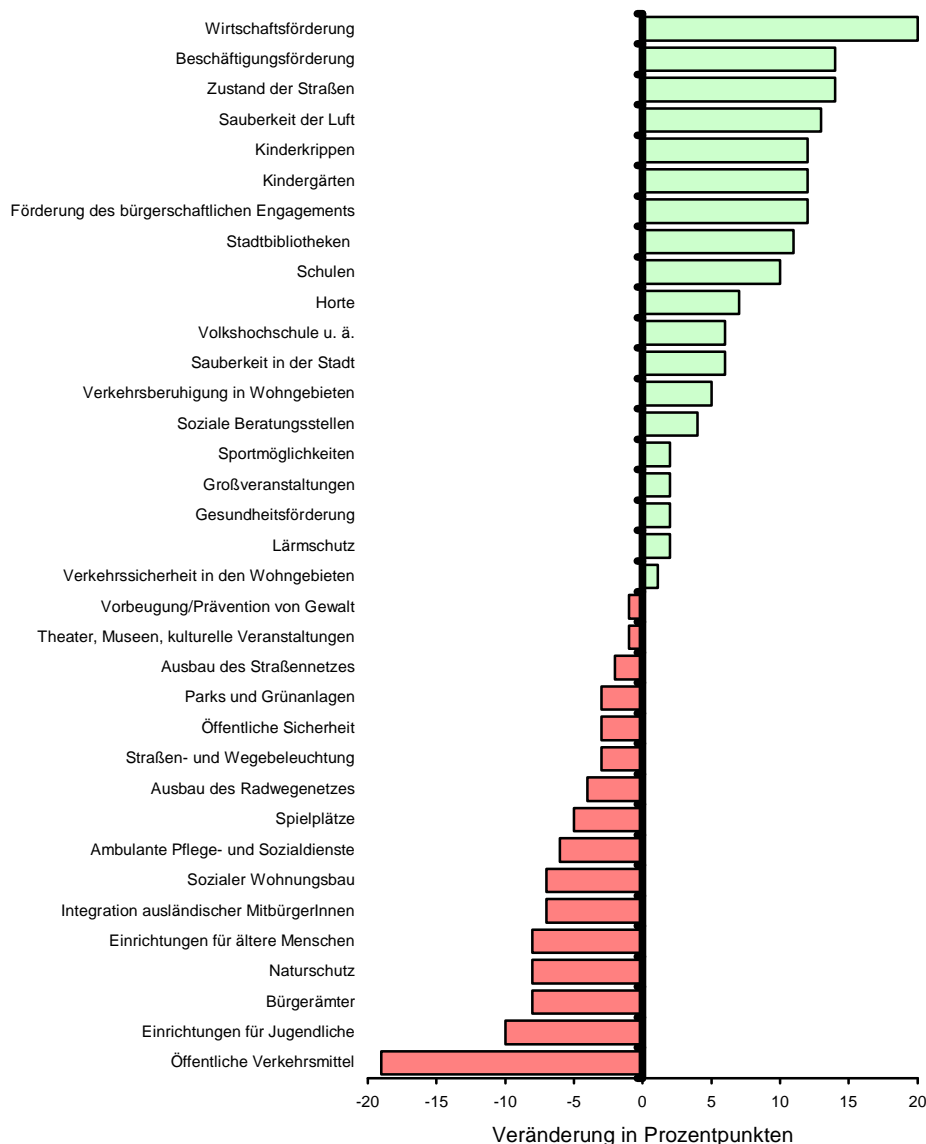
In der Wichtigkeit der Aufgabenbereiche, zeigen sich eindeutige nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifische Präferenzen

von MitbürgerInnen ausländischer Herkunft, für Sportmöglichkeiten, Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen, soziale Beratungsstellen, Volkshochschulen, für die Bereiche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, für Großveranstaltungen, Bürgerämter, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die Straßen- und Wegebeleuchtung, die Verkehrsberuhigung und –sicherheit in den Wohngebieten sowie die Gesundheitsförderung. Die befragten Frauen würden es begrüßen, wenn mehr Geld für die Kindertageseinrichtungen und Schulen, die Integration von MitbürgerInnen ausländischer Herkunft, Spielplätze, Einrichtungen für Jugendliche und ältere Menschen, soziale Beratungsstellen, für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, ambulante Pflege- und Sozialdienste, Gesundheitsförderung, die Sauberkeit in der Stadt und der Luft, den Lärm- und Naturschutz, die Bürgerämter sowie für die Verkehrsberuhigung und –sicherheit in Wohngebieten, die Straßen- und Wegebeleuchtung, die öffentliche Sicherheit und die Vorbeugung/Prävention von Gewalt ausgegeben würde. Männer fordern dagegen im Vergleich vor allem häufiger mehr Geld für den Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau).

Die jüngeren Befragten wünschen sich im Vergleich mit den älteren Interviewten häufiger Ausgabenerhöhungen für Schulen und Kinderkrippen, für die Integration von MitbürgerInnen ausländischer Herkunft, für Spielplätze und Sportmöglichkeiten, für Einrichtungen für ältere Menschen, für die Volkshochschule u. ä., für öffentliche Verkehrsmittel, Großveranstaltungen, Parks und Grünanlagen, für die Sauberkeit der Luft und den Naturschutz sowie für den Ausbau des Radwegenetzes und die Verkehrssicherheit in den Wohngebieten. Ältere Befragte fordern im Vergleich vor allem mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, für den Straßenneubau und -unterhalt, die Sauberkeit der Stadt, den Lärmschutz, die öffentliche Sicherheit und die Vorbeugung/ Prävention von Gewalt, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die Straßen- und Wegebeleuchtung.

Ein Vergleich der Ergebnisse mit der BürgerInnenbefragung 2000 ergibt folgendes (*Abbildung 15*): Vor allem für die Wirtschafts- (+ 20 Prozentpunkte) und Beschäftigungsförderung (+ 14 Prozentpunkte), den Straßenunterhalt (+ 14 Prozentpunkte) und die Sauberkeit der Luft (+ 13 Prozentpunkte) möchten die Befragten 2005 mehr Geld ausgeben als noch im Jahr 2000. Deutlich weniger Geld ausgeben als noch im Jahr 2000 möchten die Befragten insbesondere für öffentliche Verkehrsmittel (- 19 Prozentpunkte) und für Einrichtungen für Jugendliche (- 10 Prozentpunkte), die aber immer noch für sehr wichtig erachtet werden.

Abbildung 15: Gewünschte Ausgabenplanung im Vergleich zum Jahr 2000 (Veränderung in Prozentpunkten der Kategorie „Mehr Geld ausgeben“)



Zusammenfassend kann man festhalten, dass die von den Befragten vorgeschlagene Ausgabenplanung auf der einen Seite sehr gut die eigenen Wünsche widerspiegelt, dass sie aber auf der anderen Seite auch eine Reflexion der gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemlagen darstellt:

- So steht wie schon im Jahr 2000 das Thema "Kinderbetreuung" nach wie vor an erster Stelle der von den Münchner BürgerInnen erkannten Problemfelder. Die Nachfrage nach Kindertageseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) scheint also nach wie vor sehr groß zu sein. Hier geben die Befragten deutlich zu erkennen, dass sie in dieser Hinsicht ein noch stärkeres Engagement der Stadt einfordern.
- An zweiter Stelle steht der Bereich „Schule“. Hier scheinen sich die Effekte der Pisa-Diskussion und der allgemeinen bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre auszuwirken. Viele BürgerInnen sind anscheinend der Meinung, dass in die Bildung der nachwachsenden Generation mehr investiert werden muss und

Von den MünchnerInnen erkannte Problemfelder:

- Kinderbetreuung und Schule
- Bezahlbarer Wohnraum
- Einrichtungen für Jugendliche
- Beschäftigungsbereich
- Vorbeugung und Prävention von Gewalt
- Einrichtungen für ältere Menschen

- sieht hier auch die Stadt in der Verantwortung.
- An dritter Stelle steht weiterhin das Thema „bezahlbarer Wohnraum“. Deutlich wird dies dadurch, dass ein sehr hoher Anteil von Befragten sich Mehrausgaben für den sozialen Wohnungsbau in München wünschen, auch wenn dieser Anteil gegenüber 2000 rückläufig ist.
 - Ein viertes Thema sind die Einrichtungen für Jugendliche, wobei hier gegenüber dem Jahr 2000 eine deutlich rückläufige Tendenz zu beobachten ist.
 - An fünfter Stelle steht der Beschäftigungsbereich, für den Mehrausgaben im Bereich der Beschäftigungsförderung gewünscht werden. Hier zeigen sich erste Effekte der arbeitsmarktpolitischen Situation der vergangenen Jahre, die sich mit Einführung des SGB II („Hartz IV“) Anfang des Jahres noch verschärft haben dürfte. Prekäre, weniger sozial abgesicherte Formen von Erwerbstätigkeit und eine große Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Beschäftigungssituation lenken die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf diesen Sektor. Die Wichtigkeit des arbeitsmarktpolitischen Bereiches wird auch deutlich, wenn man berücksichtigt, dass im Vergleich zu 2000 die Bereiche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Prozentpunkten die größten Zuwächse in dem Wunsch mehr Geld dafür auszugeben, verzeichnen.
 - Ein sechstes Thema, das die BürgerInnen bewegt, ist auch weiterhin die Frage nach der zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft. So werden Ausgabenerhöhungen für die Vorbeugung und Prävention von Gewalt ebenfalls noch von einem überwiegenden Teil der Befragten gefordert. Dass die BürgerInnen die Lösung dieses Problembereichs nicht allein in einer "größeren Polizeipräsenz" gesichert sehen, zeigt die gegenüber der Gewaltprävention deutlich geringere Forderung nach Mehrausgaben für die öffentliche Sicherheit.
 - Schließlich stellen wohl auch auf Grund der demografischen Entwicklung die Einrichtungen für ältere Menschen ein Thema dar, welches die Münchner BürgerInnen beschäftigt. So möchte ein größerer Teil der Befragten für entsprechende Einrichtungen die Ausgaben erhöhen.

Insgesamt zeigt sich damit, dass auch bei den Münchner Bürgerinnen und Bürger die Bereiche im Vordergrund stehen, die in der Öffentlichkeit derzeit am umfassendsten diskutiert werden: Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Sicherheit und Alter.

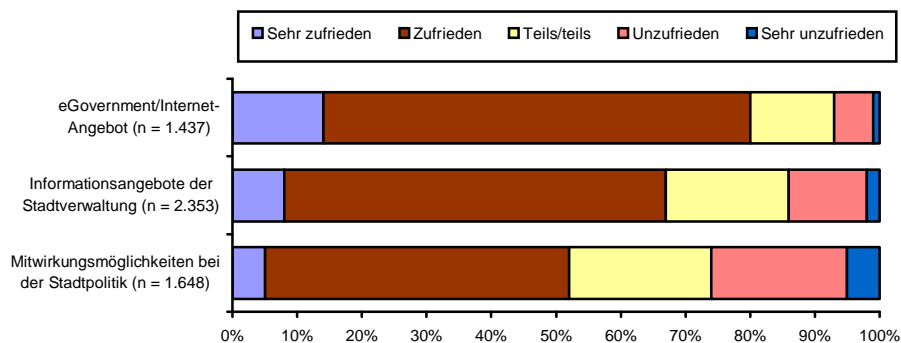
13. Informationsangebote der Stadtverwaltung und BürgerInnenbeteiligung

Im Rahmen des seit einigen Jahren laufenden Prozesses der Verwaltungsmodernisierung der Stadt München war es interessant zu erfahren, inwieweit die Befragten bestimmte kundinnen- und kundenorientierte Angebote der Stadtverwaltung beurteilen. Im Vordergrund standen bei der diesjährigen Befragung die Informationsangebote der Stadt allgemein sowie das im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprozesses besonders wichtige eGovernment. Betrachtet man nur die Angaben derjenigen Personen, die sich zu diesen beiden Aspekten geäußert haben bzw. äußern konnten, so zeigt sich, dass die

Zufriedenheit sowohl mit dem Internet-Angebot der Stadt bzw. dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadt München allgemein relativ hoch ist: 80% der Befragten sind mit dem eGovernment/Internet-Angebot der Stadt „(sehr) zufrieden“ und zwei von drei Befragten zeigen sich mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ebenfalls „(sehr) zufrieden“ (Abbildung 16). Auf dem Weg den Bürgerinnen und Bürgern attraktive Dienstleistungen (online) anzubieten, scheint die Stadt München also bereits ein gutes Stück vorangekommen zu sein.

80% der Befragten sind mit dem eGovernment/ und zwei von drei mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung „(sehr) zufrieden“

Abbildung 16: Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung und der BürgerInnenbeteiligung (Angaben in Prozent)



Beim eGovernment, bei dem es um das Verwalten und Regieren mit Hilfe modernster Kommunikationstechnologien geht, zeigen sich keine altersspezifischen Unterschiede in der Zufriedenheit. Mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung allgemein sind dagegen die älteren Befragten deutlich zufriedener als die jungen TeilnehmerInnen.

Altersspezifische Unterschiede

Auch deutsche und nicht deutsche Befragte unterscheiden sich lediglich in der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung: Nicht Deutsche sind damit eindeutig zufriedener als Deutsche.

Nationalitätsspezifische Unterschiede

Das gleiche Bild zeigt sich bei der haushaltsspezifischen Betrachtung der beiden Aspekte. Das eGovernment bzw. die Internet-Angebote der Stadt beurteilen Haushalte mit und ohne Kinder sowie Alleinerziehende ähnlich. In der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung unterscheiden sie sich demgegenüber wieder signifikant: Alleinerziehende sind damit bei weitem nicht so zufrieden wie Haushalte mit und ohne Kinder.

Haushaltsspezifische Unterschiede

Zwischen der Zufriedenheit und dem Geschlecht der Befragten zeigen sich dagegen für beide Aspekte keine erwähnenswerten Unterschiede: Frauen und Männer sind sowohl mit dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ähnlich zufrieden.

Geschlechtsspezifisch keine Unterschiede feststellbar

Die Frage, inwieweit die BürgerInnen in die Entscheidungen des politisch-administrativen Systems eingebunden werden wollen, sollen und können, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. In diesem Sinne setzt die Verwirklichung einer "Bürgergesellschaft" ein ausreichendes und übersichtliches Angebot von Partizipationsmöglichkeiten voraus, das

neben dem politisch-administrativen Bereich im engeren Sinne auch den sozialen und kulturellen Bereich umfasst. Andererseits genügt es nicht, allein Mitbestimmungsforen bereitzustellen, sondern es bedarf der „aktiven“ Bürgerin und des "aktiven" Bürgers, die diese Angebote positiv aufgreifen und bereit sind, sich in einem bestimmten zeitlichen Rahmen gesellschaftlich zu engagieren. In diesem Spannungsfeld zwischen angebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten und dem genügend entwickelten Interesse der Bürgerinnen und Bürger am sozialen Geschehen, ist die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements zu lokalisieren. Nur gut jede/r zweite MünchnerIn ist mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik „(sehr) zufrieden“ (*Abbildung 16*). Deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit ergeben sich hier vor allem bezüglich der Nationalität und des Alters der Befragten. Zum einen sind die nicht deutschen Befragten mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik sichtlich zufriedener als die deutschen. Zum anderen ist die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der stadtpolitischen Mitwirkung bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren spürbar geringer als bei den anderen Befragten.

Nur jede/r zweite MünchnerIn ist mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik zufrieden

Die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements knüpft unmittelbar an die Möglichkeiten der Mitwirkung an. Von den 3.059 befragten MünchnerInnen gaben 17% an, dass sie ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich engagiert sind. Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2000 ergibt sich eine statistisch signifikante Zunahme um 4 Prozentpunkte. Es zeigt sich, dass die deutschen Befragten doppelt so oft bürgerschaftlich engagiert sind als die nicht deutschen (18% gegenüber 9%). Frauen und Männer (jeweils 17%) sind dagegen gleichermaßen bürgerschaftlich tätig. Deutliche Ergebnisse zeigen sich ebenfalls bei der altersspezifischen Betrachtung des gesellschaftlichen Engagements. So sind vor allem die Befragten der "mittleren Jahrgänge" häufiger ehrenamtlich tätig als die jüngeren und älteren Befragten. Der Einfluss der Bildung auf den Umfang des ehrenamtlichen Engagements in München ist im Gegensatz zu den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 im Jahr 2005 eindeutig zu beobachten: Je höher gebildet die Befragten sind, umso eher sind sie ehrenamtlich tätig. Für die bürgerschaftliche oder ehrenamtliche Beteiligung stellt der Haushaltstyp ein interessantes Merkmal dar, da insbesondere die Formen des gesellschaftlichen und familiären Zusammenlebens weiterhin starken Veränderungen unterliegen (Zunahme der Alleinerziehenden, neue nicht traditionell geprägte Lebensgemeinschaften). Stellt man die Frage, welchen Haushaltstypen die engagierten Befragten angehören, so zeigt sich wie schon im Jahre 2000, dass diejenigen aus Familien mit Kindern öfter ehrenamtlich tätig sind als Alleinerziehende und Befragte der Erwachsenenhaushalte.

17% sind derzeit ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich engagiert

Von den zum Zeitpunkt der Befragung nicht bürgerschaftlich Tätigen wollten wir wissen, ob sie generell zur Übernahme einer entsprechenden Aufgabe bereit wären, um so das Potenzial zu ermitteln, das für ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung stünde. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass jede/r zweite Befragte grundsätzlich Interesse hätte, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen, wobei 16% eine sichere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, das Interesse der restlichen 34% jedoch eher als vage eingeschätzt werden muss. 50% sind demgegenüber zur Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht bereit, wobei für 19% der Befragten die Übernahme einer bürgerschaftlichen Aufgabe vor allem aus gesundheitlichen oder Alters-

Jede/r zweite Befragte wären grundsätzlich bereit, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen

gründen nicht in Frage kommt. Das Potenzial für bürgerschaftliche Aufgaben hat sich damit im Vergleich zum Jahr 2000 nur unwesentlich verändert.

Unabhängig davon ist es generell wichtig, die Struktur der Personengruppe zu kennen, die sich in der „Bürgerarbeit“ engagieren möchte und damit für bürgerschaftliche Aufgaben zur Verfügung stünde. Hier zeigt sich zunächst, dass die Bereitschaft für ein ehrenamtliches Engagement mit zunehmender Bildung steigt. Es lässt sich auch festhalten, dass die Alleinerziehenden am häufigsten und Befragte aus Erwachsenenhaushalten und hier vor allem aus Ein- und Zweipersonenhaushalten am wenigsten zur Übernahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit bereit sind. Auffällig ist bei den Alleinerziehenden die Diskrepanz zwischen der großen Bereitschaft und dem unterdurchschnittlichen tatsächlichen Engagement. Vermutlich wird hier die individuelle Problemlage, die einerseits zur Aufnahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit motivieren würde, vom Mangel an freier Zeit überlagert, der den Alltag von Alleinerziehenden oftmals prägt. Ein Vergleich zeigt auch, dass die nicht deutschen Befragten etwas eher dazu bereit sind, eine bürgerschaftliche Aufgabe zu übernehmen als ihre deutschen MitbürgerInnen, obwohl sie tatsächlich nur halb so oft bereits in Ehrenämtern tätig sind. Männer und Frauen wären dagegen wiederum in ähnlichem Maße bereit, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, wobei hier hervorzuheben ist, dass der Anteil der Männer, die explizit nicht bereit wären, eine solche Tätigkeit zu übernehmen deutlich höher ist als derjenige der Frauen. Die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Aufgabe nimmt mit zunehmendem Alter tendenziell ab, wobei auch hier auffällt, dass die jüngeren Befragten zwar eine relativ hohe Bereitschaft äußern, sich bürgerschaftlich zu betätigen, ihr tatsächliches Engagement jedoch im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen eher durchschnittlich ist.

Eine Bewertung der Ergebnisse hinsichtlich der eingangs formulierten Bürgergesellschaft kommt zu einem einheitlicheren Ergebnis als bei der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Jahr 2000: In der aktuellen Befragung lassen sich die "feinen Unterschiede" deutlicher erkennen, die zeigen, dass die Ausübung eines Ehrenamts weiterhin mit bestimmten gesellschaftlichen Vorgaben verbunden ist. So bleiben jüngere und vor allem die ältesten Befragten in den Ehrenämtern unterrepräsentiert, genauso wie die Bezieher niedrigerer Einkommen sowie Alleinerziehende und Erwachsenenhaushalte. Besonders deutlich aber zeigt sich die "gesellschaftliche Bedingtheit" der ehrenamtlichen Tätigkeit im Vergleich zwischen deutschen und nicht deutschen MitbürgerInnen. Dabei scheint sehr viel Unsicherheit auf Seiten der nicht deutschen Münchnerinnen und Münchner im Spiel zu sein, inwieweit sie überhaupt Teil der „Bürgergesellschaft“ sein können, dürfen oder wollen. Das Thema "Bürgergesellschaft" impliziert also weiterhin einiges an Klärungsbedarf. In diesem Sinne können Information und Aufklärung hilfreich sein, um den Übergang in die „Bürgergesellschaft“ besser zu gestalten und um weitere Kreise in den Prozess aktiv mit einzubeziehen.



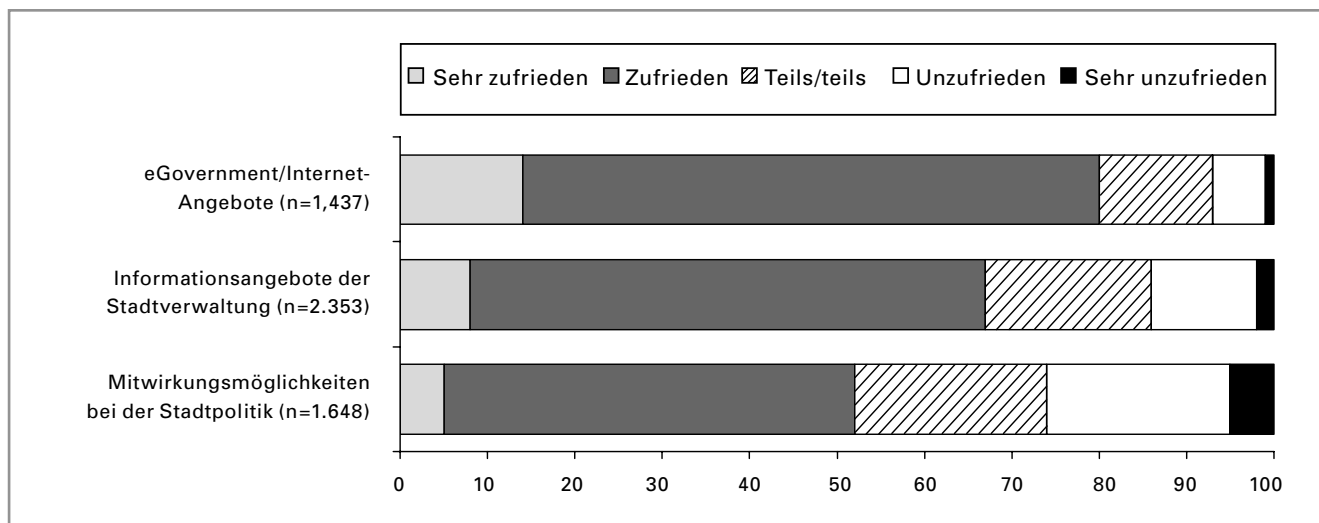
Insgesamt zeigt sich damit, dass auch bei den Münchner Bürgerinnen und Bürgern die Bereiche im Vordergrund stehen, die in der Öffentlichkeit derzeit am umfassendsten diskutiert werden: Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Sicherheit und Alter.

13. Informationsangebote der Stadtverwaltung und BürgerInnenbeteiligung

Im Rahmen des seit einigen Jahren laufenden Prozesses der Verwaltungsmodernisierung der Stadt München war es interessant zu erfahren, inwieweit die Befragten bestimmte kundinnen- und kundenorientierte Angebote der Stadtverwaltung beurteilen. Im Vordergrund standen bei der diesjährigen Befragung die Informationsangebote der Stadt allgemein sowie das im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprozesses besonders wichtige eGovernment. Betrachtet man nur die Angaben derjenigen Personen, die sich zu diesen beiden Aspekten geäußert haben bzw. äußern konnten, so zeigt sich, dass die Zufriedenheit sowohl mit dem Internet-Angebot der Stadt bzw. dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadt München allgemein relativ hoch ist: 80% der Befragten sind mit dem eGovernment/Internet-Angebot der Stadt „(sehr) zufrieden“ und zwei von drei Befragten zeigen sich mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ebenfalls „(sehr) zufrieden“ (Abbildung 16). Auf dem Weg den Bürgerinnen und Bürgern attraktive Dienstleistungen (online) anzubieten, scheint die Stadt München also bereits ein gutes Stück vorangekommen zu sein.

80% der Befragten sind mit den eGovernment und zwei von drei mit dem Informationsangeboten der Stadtverwaltung „(sehr) zufrieden“

Abbildung 16: Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung und der BürgerInnenbeteiligung
(Angaben in Prozent)



Beim eGovernment, bei dem es um das Verwalten und Regieren mit Hilfe modernster Kommunikationstechnologien geht, zeigen sich keine altersspezifischen Unterschiede in der Zufriedenheit. Mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung allgemein sind dagegen die älteren Befragten deutlich zufriedener als die jungen UntersuchungsteilnehmerInnen.

Altersspezifische Unterschiede

Auch deutsche und nicht deutsche Befragte unterscheiden sich lediglich in der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung: Nicht Deutsche sind damit eindeutig zufriedener als Deutsche.

Nationalitätsspezifische Unterschiede

Das gleiche Bild zeigt sich bei der haushaltsspezifischen Betrachtung der beiden Aspekte. Das eGovernment bzw. die Internet-Angebote der Stadt beurteilen Haushalte mit und ohne Kinder sowie Alleinerziehende ähnlich. In der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung unterscheiden sie sich demgegenüber wieder signifikant: Alleinerziehende sind damit bei weitem nicht so zufrieden wie Haushalte mit und ohne Kinder.

Haushaltsspezifische Unterschiede

Zwischen der Zufriedenheit und dem Geschlecht der Befragten zeigen sich dagegen für beide Aspekte keine erwähnenswerten Unterschiede: Frauen und Männer sind sowohl mit dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ähnlich zufrieden.

Geschlechtsspezifisch keine Unterschiede feststellbar

Die Frage, inwieweit die BürgerInnen in die Entscheidungen des politisch-administrativen Systems eingebunden werden wollen, sollen und können, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. In diesem Sinne setzt die Verwirklichung einer „Bürgergesellschaft“ ein ausreichendes und übersichtliches Angebot von Partizipationsmöglichkeiten voraus, das neben dem politisch-administrativen Bereich im engeren Sinne auch den sozialen und kulturellen Bereich umfasst. Andererseits genügt es nicht, allein Mitbestimmungsforen bereitzustellen, sondern es bedarf der „aktiven“ Bürgerin und des „aktiven“ Bürgers, die diese Angebote positiv aufgreifen und bereit sind, sich in einem bestimmten zeitlichen Rahmen gesellschaftlich zu engagieren. In diesem Spannungsfeld zwischen angebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten und dem genügend entwickelten Interesse der Bürgerinnen und Bürger am sozialen Geschehen, ist die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements zu lokalisieren. Nur gut jede/r zweite MünchnerIn ist mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik „(sehr) zufrieden“ (*Abbildung 16*). Deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit ergeben sich hier vor allem bezüglich der Nationalität und des Alters der Befragten. Zum einen sind die nicht deutschen Befragten mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik sichtlich zufriedener als die deutschen. Zum anderen ist die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der stadtpolitischen Mitwirkung bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren spürbar geringer als bei den anderen Befragten.

Nur jede/r zweite MünchnerIn ist mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik zufrieden

Die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements knüpft unmittelbar an die Möglichkeiten der Mitwirkung an. Von den 3.059 befragten Münche-



17% sind derzeit ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich engagiert

rInnen gaben 17% an, dass sie ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich engagiert sind. Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2000 ergibt sich eine statistisch signifikante Zunahme um 4 Prozentpunkte. Es zeigt sich, dass die deutschen Befragten doppelt so oft bürgerschaftlich engagiert sind wie die nicht deutschen (18% gegenüber 9%). Frauen und Männer (jeweils 17%) sind dagegen gleichermaßen bürgerschaftlich tätig. Deutliche Ergebnisse zeigen sich ebenfalls bei der altersspezifischen Betrachtung des gesellschaftlichen Engagements. So sind vor allem die Befragten der „mittleren Jahrgänge“ häufiger ehrenamtlich tätig als die jüngeren und älteren Befragten. Der Einfluss der Bildung auf den Umfang des ehrenamtlichen Engagements in München ist im Gegensatz zu den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 im Jahr 2005 eindeutig zu beobachten: Je höher gebildet die Befragten sind, umso eher sind sie ehrenamtlich tätig. Für die bürgerschaftliche oder ehrenamtliche Beteiligung stellt der Haushaltstyp ein interessantes Merkmal dar, da insbesondere die Formen des gesellschaftlichen und familiären Zusammenlebens weiterhin starken Veränderungen unterliegen (Zunahme der Alleinerziehenden, neue nicht traditionell geprägte Lebensgemeinschaften). Stellt man die Frage, welchen Haushaltstypen die engagierten Befragten angehören, so zeigt sich wie schon im Jahre 2000, dass diejenigen aus Familien mit Kindern öfter ehrenamtlich tätig sind als Alleinerziehende und Befragte der Erwachsenenhaushalte.

Jede/r zweite Befragte wäre grundsätzlich bereit, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen

Von den zum Zeitpunkt der Befragung nicht bürgerschaftlich Tätigen wollten wir wissen, ob sie generell zur Übernahme einer entsprechenden Aufgabe bereit wären, um so das Potenzial zu ermitteln, das für ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung stünde. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass jede/r zweite Befragte grundsätzlich Interesse hätte, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen, wobei 16% eine sichere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, das Interesse der restlichen 34% jedoch eher als vage eingeschätzt werden muss. 50% sind demgegenüber zur Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht bereit, wobei für 19% der Befragten die Übernahme einer bürgerschaftlichen Aufgabe vor allem aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht in Frage kommt. Das Potenzial für bürgerschaftliche Aufgaben hat sich damit im Vergleich zum Jahr 2000 nur unwesentlich verändert.

Unabhängig davon ist es generell wichtig, die Struktur der Personengruppe zu kennen, die sich in der „Bürgerarbeit“ engagieren möchte und damit für bürgerschaftliche Aufgaben zur Verfügung stünde. Hier zeigt sich zunächst, dass die Bereitschaft für ein ehrenamtliches Engagement mit zunehmender Bildung steigt. Es lässt sich auch festhalten, dass die Alleinerziehenden am häufigsten und Befragte aus Erwachsenenhaushalten und hier vor allem aus Ein- und Zweipersonenhaushalten am wenigsten zur Übernahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit bereit sind. Auffällig ist bei den Alleinerziehenden die Diskrepanz zwischen der großen Bereitschaft und dem unterdurchschnittlichen tatsächlichen Engagement. Vermutlich wird hier die individuelle Problemlage, die einerseits zur Aufnahme einer

bürgerschaftlichen Tätigkeit motivieren würde, vom Mangel an freier Zeit überlagert, der den Alltag von Alleinerziehenden oftmals prägt. Ein Vergleich zeigt auch, dass die nicht deutschen Befragten etwas eher dazu bereit sind, eine bürgerschaftliche Aufgabe zu übernehmen als ihre deutschen MitbürgerInnen, obwohl sie tatsächlich nur halb so oft bereits in Ehrenämtern tätig sind. Männer und Frauen wären dagegen wiederum in ähnlichem Maße bereit, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, wobei hier hervorzuheben ist, dass der Anteil der Männer, die explizit nicht bereit wären, eine solche Tätigkeit zu übernehmen deutlich höher ist als derjenige der Frauen. Die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Aufgabe nimmt mit zunehmendem Alter tendenziell ab, wobei auch hier auffällt, dass die jüngeren Befragten zwar eine relativ hohe Bereitschaft äußern, sich bürgerschaftlich zu betätigen, ihr tatsächliches Engagement jedoch im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen eher durchschnittlich ist.

Eine Bewertung der Ergebnisse hinsichtlich der eingangs formulierten Bürgergesellschaft kommt zu einem einheitlicheren Ergebnis als bei der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Jahr 2000: In der aktuellen Befragung lassen sich die „feinen Unterschiede“ deutlicher erkennen, die zeigen, dass die Ausübung eines Ehrenamts weiterhin mit bestimmten gesellschaftlichen Vorgaben verbunden ist. So bleiben jüngere und vor allem die ältesten Befragten in den Ehrenämtern unterrepräsentiert, genauso wie die Bezieher niedrigerer Einkommen sowie Alleinerziehende und Erwachsenenhaushalte. Besonders deutlich aber zeigt sich die „gesellschaftliche Bedingtheit“ der ehrenamtlichen Tätigkeit im Vergleich zwischen deutschen und nicht deutschen MitbürgerInnen. Dabei scheint sehr viel Unsicherheit auf Seiten der nicht deutschen Münchnerinnen und Münchner im Spiel zu sein, inwieweit sie überhaupt Teil der „Bürgergesellschaft“ sein können, dürfen oder wollen. Das Thema „Bürgergesellschaft“ impliziert also weiterhin einiges an Klärungsbedarf. In diesem Sinne können Information und Aufklärung hilfreich sein, um den Übergang in die „Bürgergesellschaft“ besser zu gestalten und um weitere Kreise in den Prozess aktiv mit einzubeziehen.